Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Kompaniezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 25 Pf., Reklamezeile (anschl. an den dreispaltigen Teil einer Textseite) [illegible] Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alfa Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Zittauer Straße 7, [illegible] Tel. 27 853, Postscheck Dresden 26 515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 259. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Lokales: Otto Kabel, Dresden; Ausland: Alfred Kenbrich, Berlin; übriger Teil: Erich Seidemann, Dresden; Inserate: Fritz Ritscher, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17259, Postscheck Dresden 18606

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 7. Juli 1932 | Nummer 157

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Proletarier aller Länder: Rüstet zum 1. August!

Zum Internationalen Antikriegstag!

Klassengenossen, werktätige Männer, Frauen und Jugendliche in Stadt und Land!

Seit 14 Jahren, seit dem Ende des Weltkrieges, ist die Gefahr eines neuen und noch größeren Weltgemetzels nie so groß gewesen wie in diesen Monaten. Der Kapitalismus, durch die Weltwirtschaftskrise in seinen stärksten Machtpositionen erschüttert, macht die verzweifeltsten Versuche, durch einen Krieg nach innen und außen einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Krieg nach innen — das ist der Bürgerkrieg gegen das Proletariat!

Kapitalsoffensive, Lohnabbau, Unterstützungs- und Rentenabbau, Zerschlagung der Sozialpolitik, Streikabwürgung, Klassenjustiz, faschistischer Mordterror — das sind die Methoden des Angriffs des schon begonnenen Bürgerkrieges gegen das Proletariat und die werktätigen Volksmassen. Der Kampf der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der jungen Werktätigen und Frauen für die Sicherung ihrer nackten Lebensexistenz wird mit den Mitteln brutalster Gewalt durch die Machtmittel der Bourgeoisie niedergeschlagen. Den Hungerschrei der Erwerbslosen versuchen die sozialistischen Machthaber mit Gewehrsalven zu ersticken. Der Faschismus, der in einer Reihe von Ländern bereits sein blutiges Regiment errichtet hat, steht auf dem Sprung, seine faschistische Diktatur gegen die werktätigen Massen in einer Reihe weiterer kapitalistischer Länder aufzurichten.

Krieg nach außen — das ist der imperialistische Krieg gegen China, die Niederschlagung der um ihre nationale Freiheit ringenden unterdrückten Völker, das sind vor allem die Kriegsprovokationen gegen die Sowjetunion, das ist die unmittelbare Vorbereitung des neuen imperialistischen Weltgemetzels!

Der japanische Imperialismus steigert fieberhaft seine Interventionsrüstungen gegen die Sowjetunion und sendet große Truppenmassen gegen die Grenzen unseres sozialistischen Vaterlandes. Die Mandschurei ist bereits in ein waffenstarrendes Kriegslager verwandelt.

Die imperialistischen Mächte: Frankreich, England, Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und die Vereinigten Staaten von Amerika liefern dem japanischen Imperialismus Waffen und Munition in ungeheuren Mengen für den Raubkrieg gegen China und zur Vorbereitung der Intervention gegen die Sowjetunion. Die Rüstungsmagnaten machen heute bereits Riesengeschäfte und münzen aus dem Blut der niedergemetzelten chinesischen Arbeiter und Bauern klingendes Gold. Die weißgardistischen Banden, denen seitens der Bourgeoisie in den Hauptstädten der kapitalistischen Länder bereitwilligst Unterschlupf gewährt wird, formieren mit Unterstützung der kapitalistischen Regierungen immer offener ihre verbrecherischen Stoßtrupps gegen die Sowjetunion. Sie sind die Organisatoren der blutigen Provokationen und Attentate in den verschiedenen Ländern, um den Krieg gegen die Sowjetunion zu provozieren.

Der zynische Schwindel der kapitalistischen Regierungen mit ihren „Abrüstungs"- und „Friedens"konferenzen erweist sich vor den Werktätigen aller Welt immer sichtbarer als schamloser Betrug. Die sogenannte „Abrüstungs"konferenz des Völkerbundes hat so gearbeitet, wie es allein die Kommunisten vorausgesagt haben. Die wirklichen Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion wurden abgelehnt.

Statt Abrüstung, wird in allen kapitalistischen Ländern fieberhaft aufgerüstet, es werden die endgültigen Vorbereitungen zu einem neuen imperialistischen Kriegsverbrechen getroffen.

In allen kapitalistischen Ländern schließen sich die Todfeinde der Arbeiterklasse zu einer einzigen reaktionären Front gegen die werktätigen Massen zusammen.

Deutschland steht heute unmittelbar vor der Errichtung der faschistischen Diktatur

In der vom Feldmarschall Hindenburg, dem Präsidentschaftskandidaten der Sozialdemokratie, berufenen Regierung der Industrieherren, Junker und Generale stehen die Vertreter der äußersten Reaktion, die unter Ausnutzung der chauvinistischen und nationalistischen Betäubung breiter Massen **mit Hilfe des Nationalsozialismus die beschleunigte Vorbereitung für einen neuen imperialistischen Krieg der deutschen Bourgeoisie als einen Ausweg aus der Krise stellen.** Mit der politischen und militärischen Vorbereitung zum Interventionskrieg wird gleichzeitig die Hetze gegen die Sowjetunion gesteigert.

Im Vordergrund der Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion und gegen das revolutionäre Proletariat aller Länder stehen die Führer der II. und der Amsterdamer Internationale. Der heuchlerische Aufruf der II. Internationale, der mit einigen hochtrabenden Phrasen gegen die Kriegs- und Interventionsgefahr Stellung nimmt, ist in Wirklichkeit nur der Versuch der Vandervelde, Blum, Adler, Henderson, Wels & Co., um ihre Teilnahme am Antisowjetkrieg zu verschleiern.

Man kann gegen den imperialistischen Krieg nicht kämpfen, wenn man gleichzeitig dem Imperialismus die Mittel zur Aufrüstung bewilligt.

Man kann keinen Kampf gegen die Waffen- und Munitionstransporte für den japanischen Imperialismus führen, wenn man gleichzeitig erklärt, daß „die Einstellung der Fabrikation von Kriegsmaterial das Problem der Erwerbslosigkeit unvermeidlich verschärfen würde" (Smethurst in der Zeitschrift des englischen Maschinenbauverbandes), wenn man gleichzeitig die Arbeitermassen durch die verbrecherische Losung „Krieg bringt Arbeit!" vom Kampf gegen das neue Völkergemetzel abhält. Man kann die Sowjetunion nicht verteidigen, wenn man erklärt, daß „die Sowjetunion genau so wie Japan gegenüber China eine imperialistische Macht ist" („Vorwärts" vom 10. Februar 1932.)

Das ist es, was in der gegenwärtigen Situation der unmittelbaren Kriegs- und Interventionsgefahr vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter erkennen müssen.

Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg kann nicht mit papiernen Resolutionen, nicht mit feierlichen, heuchlerischen Friedensbeteuerungen, sondern nur durch die revolutio-

Ernst Thälmann

erklärte schon im Dezember vorigen Jahres in der „Internationale" über die „nationale" Demagogie der Hitlerpartei:

„Wir müssen durch unsere Politik als einzige Partei des Kampfes gegen Versailles und Young für die Befreiung des werktätigen Deutschlands durch die Aufrollung unseres Freiheitsprogrammes auch die „nationale" Demagogie der Hitlerpartei aufdecken und zerschlagen. Wir müssen den Massen aufzeigen, daß die Nationalsozialisten auch in der Frage des Befreiungskampfes jenseits der Barrikaden stehen und Todfeinde dieses Kampfes sind."

Wenn der Führer der Kommunistischen Partei die nationalsozialistischen Demagogen schon in diesem vor längerer Zeit geschriebenen Artikel

stäupt

und mit aller Klarheit als Todfeinde des Befreiungskampfes entlarvt, so geben sich die Nationalsozialisten neuerdings in immer stärkerem Maße selbst als diese Todfeinde zu erkennen. So überschlug sich der Völkische Beobachter am 6. Juli vor Freude darüber, daß er italienische Außenminister Grandi jetzt in Lausanne erklärt hat: „Vergebt uns unsere Schulden, wie auch wir vergeben unseren Schuldnern."

So erleben wir jetzt Tag für Tag, daß sich

die Nazis

immer offensichtlicher vor den imperialistischen Tributvögten verbeugen und daß sie sich selbst sowohl der Papenregierung gegenüber als auch gegenüber allen Tributmächten als dienstbereite Lakaien und als deren Willensvollstrecker erweisen.

Das wird der Führer der Kommunistischen Partei auch in klarster Weise anprangern, wenn er demnächst vor den Dresdner Arbeitern spricht. Diese von der Kommunistischen Partei vorgesehene Massenkundgebung mit Ernst Thälmann als Redner muß schon jetzt in allen Kreisen des werktätigen Volkes propagiert werden. Der Betriebsarbeiter, der Erwerbslose, der Angestellte und Beamte, der Kleingewerbetreibende, jung und alt — alles erscheint zur großen Thälmann-Kundgebung

am 19. Juli in Dresden auf der Radrennbahn Reick!

Neue Faustschläge gegen Betriebsarbeiter

Ab morgen Beschäftigtensteuer und Abbau der Kurzarbeiterunterstützung in Kraft
Alarmiert die Arbeiter aller Betriebe!

Am morgigen Freitag wird erstmalig die notverordnete Beschäftigtensteuer vom Lohn abgezogen. Wieder einmal wird die Lohntüte um ein paar Groschen leichter sein. Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird am Lohntag 1,5 Prozent von dem sowieso nur kärglichen Hungerlohn neu abgezogen.

Darüber hinaus wird am Anfang der nächsten Woche den Kurzarbeitern die Unterstützung um 10 Prozent gekürzt. In derselben Zeit, in der die Papenregierung zu derartigen Stockschlägen auf den hungrigen Magen der Arbeiter ausholt, erklärt sie sich bereit, den ausländischen Kapitalisten 2,5 Milliarden Mark Zinsen zu zahlen. In dieser selben Zeit hat sie den deutschen Trustgewaltigen und Großagrariern und Bankiers aber rund eine halbe Milliarde Mark Subventionen gegeben.

Den Armen wird es genommen und den Reichen und Satten wird es gegeben

Und diese Politik wird von den Nazis unterstützt, die dafür in ihren Notverordnungsjacken aufmarschieren dürfen, um die von den Hungermaßnahmen der Papenregierung betroffenen Arbeitermassen durch schlimmsten Terror niederzuhalten.

Macht Schluß damit! Schluß mit dem Naziterror und mit der immer größer werdenden Verschlechterung eurer Lebenslage!

Noch heute müssen alle Betriebsbelegschaften alarmiert werden!

Durchkreuzt den Abzug der Beschäftigtensteuer und die Kürzung der Kurzarbeiter-Unterstützung durch die geschlossene Kampfaufnahme in roter Einheitsfront! Duldet keinen Pfennig Abzug! Heraus zum Kampf ohne Aufschub gegen neue Hungermaßnahmen!

näre Tat der Arbeiterklasse im Bunde mit den national-unterdrückten Völkern der ganzen Erde geführt werden. Der Streik der polnischen Hafenarbeiter in Gdingen, der Streik der chinesischen Matrosen in Rotterdam und Hamburg, der Streik der Chemiearbeiter in Mitteldeutschland, der Streik der Hafenarbeiter in Dünkirchen, der Streik der deutschen Seeleute, die Revolten der französischen Soldaten, die Meuterei in der englischen Kriegsflotte, der wehrhafte Widerstand der revolutionären Soldaten und Arbeiter in Schanghai gegen die japanischen Interventionstruppen, die Soldatenaufstände in der japanischen Armee — sind die ersten Flammenzeichen des beginnenden aktiven Kampfes gegen das imperialistische Kriegsgemetzel.

Der siegreiche Kampf gegen den Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion erfordert gebieterisch die einheitliche revolutionäre Kampffront aller Werktätigen

Die unterzeichneten Kommunistischen Parteien rufen die werktätigen Massen aller kapitalistischen, kolonialen und halbkolonialen Länder auf, diese kämpfende Einheitsfront über alle Hindernisse hinweg zu formieren. Sie appellieren besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter und rufen sie zum gemeinsamen Kampf, Schulter an Schulter, gegen den Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion auf. Sie rufen den sozialdemokratischen Arbeitern zu:

Klassengenossen! Werktätige in Stadt und Land! Mit der Verteidigung der Sowjetunion gegen die imperialistischen Räuber und ihre faschistischen Soldknechte verteidigt ihr eure eigenen Lebensinteressen, kämpft ihr gegen den imperialistischen Krieg!

Der 1. August muß im Zeichen der kraftvollen revolutionären Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, im gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Reaktion, im Kampfe gegen die Kriegsgefahr, im Kampfe für die Verteidigung der Sowjetunion stehen!

In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft, an jeder Stempelstelle, in den Elendsquartieren der Städte und auf dem Lande müßt ihr euch zusammenschließen zum revolutionären Massenkampf:

Gegen die Kapitalsoffensive, gegen Streikbruch und Koalitionsraub!

Gegen den Faschismus und seine Wegbereiter, die sozialdemokratischen und reformistischen Führer!

Gegen die imperialistischen Kriegstreiber!

Für die Verteidigung der Lebensinteressen aller Werktätigen!
Für die soziale und nationale Befreiung aller unterdrückten Völker!

Für den Schutz der Sowjetunion!
Steigert den Massenkampf gegen die Kriegsproduktion, die Waffen- und Munitionstransporte!

Formiert die revolutionäre Einheitsfront gegen Hunger und Elend, gegen Faschismus und Krieg!

Kämpft für den Sieg des Sozialismus!

Den 1. Juli 1932.

Die Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, Englands, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Italiens, der Vereinigten Staaten von Amerika (Sektionen der Kommunistischen Internationale).

„Severings Verhalten selbstverständlich!"

„Dresdner Volkszeitung" lobpreist die tolle Selbsterniedrigung der SPD

Dresden, den 7. Juli.

Die Tatsache, daß der Vorwärts, das Zentralorgan der SPD, auf Veranlassung des Sozialdemokraten Severing verboten worden ist, hat gar manchem sozialdemokratischen Arbeiter die Augen darüber geöffnet, wie es um den „Kampf gegen den Faschismus" bei der SPD aussieht.

Herr von Gayl pfeift und Severing tanzt!

Aber die sozialdemokratischen Arbeiter sind voller Entrüstung über eine solche Verlumpung der sozialdemokratischen Führer, wie sie drastisch in den Verbotsmaßnahmen gegen die Presse ihrer eigenen Partei zum Ausdruck kommt.

Die sozialdemokratische Presse hat es da wahrlich nicht leicht, ihren Anhängern und Lesern „Trost" zu spenden und sie, die voller Empörung sind, zu besänftigen. Die Dresdner Volkszeitung versucht, die nicht mehr zu überbietende Schändlichkeit der sozialdemokratischen Führer damit zu „begründen", daß sie ihren Lesern vorgaukelt:

„Kein Anhänger der Sozialdemokratie wünscht, daß unsere Genossen wegen eines Zeitungsverbotes aus der preußischen Regierung ausscheiden!"

Und zu allem Hohn heißt es im selben Atemzuge:

„Der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist das Verhalten Severings selbstverständlich."

Ein trefflicheres Geständnis dafür, daß die sozialdemokratischen Führer — nur, um sich die Futterkrippe zu erhalten — nicht nur die Interessen der Arbeiterschaft Tag für Tag verraten, sondern sogar die Belange ihrer eigenen Partei Stück um Stück opfern, gibt es wohl kaum noch!

Es ist ganz klar, daß durch eine solche Politik der immer weiteren und schärferen Faschisierung gewaltiger Vorschub geleistet wird, zumal diese Politik ihren entscheidendsten Niederschlag auch in der übrigen Praxis der Sozialdemokratie findet. Da braucht nur noch einmal an das gleichfalls von der Dresdner Volkszeitung gelieferte Beispiel der Wegbereitung für die faschistischen Terrorgarden erinnert zu werden. Die Aufforderung der Volkszeitung, den Nazigarden die Straße freizugeben und hübsch hinter zugezogenen Gardinen und hinter verschlossenen Türen zu bleiben, wenn es den SA-Banden einfällt, in die Arbeiterviertel einzudringen, liegt in ein- und derselben Linie, wie die Verbotsmaßnahmen sozialdemokratischer Minister gegen die Zeitungen ihrer eigenen Partei.

Mit allen diesen Maßnahmen bezweckt die Bourgeoisie, in deren Auftrag sie ja zur Durchführung gelangen, die Arbeiter widerstandslos und wehrlos der barbarischen Aushungerung und Unterdrückung preiszugeben.

Dabei helfen ihr die sozialdemokratischen Führer und darum ist es an der Zeit, den sozialdemokratischen Arbeitern klarzumachen, daß die arbeitenden Massen durch eine solche Politik in die finsterste kapitalistische Barbarei geschleudert werden. Das gilt es zu verhindern. Und deshalb dürfen sich die sozialdemokratischen Arbeiter weder von der Dresdner Volkszeitung noch durch sonst etwas davon abhalten lassen, sich in roter Einheit und im täglichen Kampf gegen die faschistische Reaktion mit den kommunistischen Arbeitern zu verbrüdern. Jetzt erst recht heißt es, daß die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter die Faust nicht nur zum Gruß, sondern zum Kampf erheben!

Fortsetzung des sozialdemokratischen Amnestiebetruges im Landtag

Faschistische Gewaltmethoden gegen KPD-Fraktion

SPD-Präsident Weckel verhindert Abstimmung über kommunistischen Antrag. Er verlangt, den Genossen Renner hinauszuwerfen. Behandlung des kommunistischen Amnestiegesetzentwurfs durch Schiebung verhindert

Dresden, den 7. Juli.

Der sozialdemokratische Präsident Weckel führte zu Beginn der Mittwochsitzung des Landtages die Politik faschistischer Geschäftsführung zur Vergewaltigung der kommunistischen Fraktion konsequent fort. Genosse Renner verlangte im Auftrage der kommunistischen Fraktion Abstimmung über einen Abänderungsantrag zu einem Entschließungsantrag der SPD, der von der Regierung „Begnadigung von Gefangenen" wünscht.

Der Antrag hat praktisch gar keine Bedeutung, da die Amnestie nur durch ein Gesetz herbeigeführt werden kann. Die kommunistische Fraktion hat deswegen die sozialdemokratische Fraktion sofort vor die Konsequenz gestellt und zu dem Entschließungsantrag, der erst kurz vor der Abstimmung verteilt wurde, einen neuen Antrag eingegeben, der die rechtlich zulässige und notwendige Form eines Gesetzentwurfes hatte.

Der Präsident Weckel, der am Dienstagabend trotz der klaren Bestimmung der Geschäftsordnung, daß Beschlußfähigkeit vor der Abstimmung beantragt werden muß, die Beschlußunfähigkeit zuließ, erklärte jetzt, daß der Landtag sich in der Abstimmung befinde und ließ den kommunistischen Gesetzentwurfsantrag nicht zu.

Damit ist enthüllt, was wir gestern schon feststellten: Die Sozialdemokraten wollen keine Amnestie, sie wollen nur mit raffinierter Verlogenheit demagogische Agitation!

Den zweiten Gewaltakt gegen die kommunistische Fraktion verübte das Präsidium, als unsere Fraktion die Behandlung des bereits am Dienstag eingereichten kommunistischen Gesetzentwurfes über Gewährung von Straffreiheiten auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, beantragte. Obwohl dieser Antrag bereits gedruckt vorlag, verhinderte das Präsidium die Behandlung dieses für tausende proletarische politische Gefangene wichtigen Gesetzes noch vor den Landtagsferien. Es verschanzte sich hinter wahrscheinlich bewußt verschleppter Verteilung dieses Antrages und lehnte seine Behandlung ab. Es kam bei dieser Gelegenheit zu stürmischen Protesten der kommunistischen Fraktion und Ordnungsrufen, die der Präsident Weckel bereits zu Beginn der Sitzung gegen die Genossen Renner und Sindermann erteilt. Weckel forderte dabei den amtierenden Vizepräsidenten Breitscheider auf, den Genossen Renner aus dem Saal zu werfen.

(Aus Platzmangel können wir den Gesetzentwurf unserer Fraktion erst morgen veröffentlichen, dessen gedruckte Vorlage wir zum Beweis der Schiebung durch das Präsidium im Faksimile bringen werden.)

Sitzungsbericht

In der Mittwochsitzung werden zunächst die Abstimmungen über die am Dienstag beratenen Etatkapitel zu Ende geführt, die durch die Auflösung der Sitzung nicht erledigt wurden.

Vor der Abstimmung beantragte Genosse Renner, einen erst gestern abend zum Justizetat gestellten Entschließungsantrag der SPD zu einem Amnestiegesetzentwurf zu machen und darüber abzustimmen. Präsident Weckel läßt diese Abstimmung nicht zu und vervollkommnet damit den Amnestieverrat der SPD. Die Vorlagen der Etatkapitel werden dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen und alle kommunistischen Minderheitsanträge, vor allem zu den Sonderkapiteln des Haushaltplanes, mit den Stimmen der SPD niedergestimmt.

Zu den Kapiteln

Reichsversicherung und Reichsversorgung

spricht Genosse Schubert, der noch einmal unsere Forderungen zum Arbeiterschutz eingehend darlegt, die Mittel für die Arbeitsdienstpflicht zu streichen beantragt und deren Verwendung für die produktive Erwerbslosenfürsorge fordert.

Genosse Breitenborn polemisiert scharf gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsführer, durch deren Haltung Tarifbruch, Arbeiterschutz und Sozialversicherung der Reaktion ausgeliefert wurden.

Genosse Siegel begründet bei dem Kapitel **Straßenbau** noch einmal unsere bereits im Ausschuß gestellten Forderungen. Allein in diesem Kapitel wurden 21 Millionen gestrichen, deren Einsetzung von uns wieder verlangt wird, um für die Arbeitslosen in den Gemeinden und Bezirksverbänden Arbeit zu schaffen.

Zu den **kulturpolitischen Kapiteln** über Volksbildung, Staatsleitungen für evangelische und katholische Kirche begründet Genosse Mänig unseren ablehnenden Standpunkt.

Wir lehnen diese Kapitel ab, stimmen auch gegen den sozialdemokratischen Antrag, der für die Beschulung der Erwerbslosen höhere Mittel fordert, da er in der Praxis der Unterstützung der Arbeitsdienstpflicht dient. Unser Standpunkt zur Kirche aller Konfessionen ist bekannt und es ist selbstverständlich, daß wir jede Subvention dieses Institutes der kapitalistischen Klasse ablehnen.

Der Landtag stimmt dann über die Einzelvorlagen ab und lehnt wiederum mit den Stimmen der Sozialdemokraten sämtliche für die Arbeiterschaft gestellten kommunistischen Anträge ab. Die Nazis stimmen wiederum für die hohen Ministergehälter. Ein kommunistischer Antrag, der die Durchführung einer Reihe von Straßenbauarbeiten fordert, wird angenommen.

Die Kulturreaktion in Sachsen

Genosse Mänig spricht dann zum Schuletat und bringt zum Ausdruck, daß wir die Mittel für die Hochschulen ablehnen, da diese Erziehungsstätten der Bourgeoisie Zentralen des Faschismus sind. Im übrigen ist die Masse der Arbeiterschaft nicht in der Lage, ihre Kinder auf die Hochschulen zu schicken.

Mit aller Deutlichkeit zeigt das Volksschulkapitel, daß ausnahmslos bei der Bildung der Arbeiterkinder gespart wird. Das kommt vor allen Dingen in der Ueberfüllung der Schulklassen drastisch zum Ausdruck. Den Lehrern wurde ein wesentlicher Teil der Etatkürzung durch Gehaltsabstriche auferlegt. 14,8 Millionen Mark wurden ihnen am Gehalt gekürzt.

Erst wenn die Arbeiterschaft auch in Deutschland herrscht, wird die Not des proletarischen Kindes, die Not der Volksschule ein Ende haben.

In der Abstimmung, in der die einzelnen Etatkapitel gegen unsere Stimmen angenommen, die kommunistischen Minderheitsanträge aber abgelehnt werden, wird ein kommunistischer Entschließungsantrag über die

Aufhebung der Schlachtsteuer

mit 41 gegen 41 Stimmen abgelehnt. **Gegen die Aufhebung der Schlachtsteuer stimmten die Sozialdemokraten,** die damit nachträglich **für die Fleischverteuerung eingetreten** sind.

Genosse Renner beantragt die Abstimmung über einen Entschließungsantrag zum Kapitel Berufsschulen, in dem mit der **Aufhebung der Arbeitslager,** die **Nichtdurchführung der Arbeitsdienstpflicht** und die **Einrichtung von Lehrwerkstätten** verlangt wird. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte verhelfen die Sozialdemokraten dazu, daß die Abstimmung auch über diesen Entschließungsantrag abgelehnt wird.

Morgen am Lohntag darf kein Genosse vergessen, zu

sammeln für die Antifaschistische Aktion

Im Auftrage Papen-Schleicher

Severing verbietet eigene Parteipresse

Tolle Selbsterniedrigung vor der Papenregierung. Preußische SPD-Landtagsfraktion für die Fortdauer des „Vorwärs"-Verbotes

Nachdem der sozialdemokratische preußische Innenminister Severing in untertänigster Ergebenheit vor der Papenregierung den Vorwärts auf fünf Tage verboten hat, ist jetzt von seinem sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Haas, die sozialdemokratische Frankfurter Volksstimme ebenfalls auf die Dauer von fünf Tagen verboten worden. Das Verbot erstreckt sich auch auf ihr Kopfblatt, die Oberhessische Volkszeitung, das von dem gleichfalls sozialdemokratischen Innenminister von Hessen, Leuschner, ausgesprochen wurde.

Nach einem Beschluß des vierten Strafsenats beim Reichsgericht in Leipzig wird Severing auch die Kölnische Volkszeitung, das führende Organ des Zentrums, auf die Dauer von drei Tagen verbieten. Die Verbote der sozialdemokratischen Zeitungen erfolgten mit der Begründung, daß sie die Regierung Papen-Schleicher verächtlich gemacht haben, das der Kölnischen Volkszeitung aus demselben Grunde.

Die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages hat auf die demütige Ergebenheit Severings gegenüber der faschistischen Reichsregierung geantwortet und in der gestern stattgefundenen Sitzung einen Antrag eingebracht, in dem sie unter Bezugnahme auf unsere grundsätzliche Stellung gegen die Zeitungsverbotspraxis der Preußen-Regierung fordert, daß das Vorwärts-Verbot sofort aufzuheben ist. Der Antrag beauftragt weiter die Preußenregierung, weder von sich aus, noch im Auftrag der Reichsregierung Zeitungen oder Organisationen zu verbieten und den nachgeordneten Behörden der Preußenregierung das Recht zu entziehen, irgendwelche Verbote zu verhängen.

Toll war die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Sie ein klassisches Zeugnis für ihre Ergebenheit gegenüber der Papen-Gayl-Regierung ablegte. Ihr Abgeordneter Dr. Hamburger erklärte im Auftrage der SPD-Fraktion, daß der kommunistische Antrag wirkungslos sei, weil Severing ihn nicht durchführen könne. Deshalb beantragte die SPD, den Antrag dahingehend zu ändern, bei der Reichsregierung untertänigst um die Aufhebung des Vorwärts-Verbotes zu bitteln. Diese beantragte Abänderung wurde abgelehnt und der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen, obwohl SPD und Zentrum durch Nichtbeteiligung Obstruktion übten.

Sie drohen mit Mord!

Die Nazis im Sächsischen Landtag stoßen immer unverhülltere Morddrohungen aus, die sie sogar auf bürgerliche Abgeordnete ausdehnen, die ihnen nicht vollständig zu Willen sind.

In der gestrigen Sitzung prangerte der volkskonservative Abgeordnete Fritsch die Tatsache an, daß der Nazireichstagsabgeordnete Schmeer einen bei Zusammenstößen getöteten SA-Banditen als einen der Besten der Nazigarde gefeiert hat, obwohl feststeht, daß dieser Hitlerbandit dreizehnmal wegen schwerer krimineller Verbrechen vorbestraft war.

Als Fritsch die Rednertribüne des Landtages verließ, rief ihm der berüchtigte Nazi-Kunz aus Zwickau zu:

„Damit hast du dein Todesurteil unterschrieben!"

Der sozialdemokratische Präsident Weckel unternahm nichts gegen die unverhüllt freche Morddrohung der Nazis, obwohl er davon in Kenntnis gesetzt wurde, aber er verlangte den Hinauswurf des Genossen Renner, weil er gegen die Schiebung des Präsidiums protestierte, das unseren Amnestiegesetzentwurf abwürgte.

Die Nazimordbanden werden von der roten Einheitsfront in Antifaschistischer Aktion überwunden!

Revolutionäre Kämpfe in Chile

Neuyork, 6. Juli. Trotz strengster Zensur kommen aus Santiago de Chile Meldungen, daß nach dem Verbot der Kommunistischen Partei seit Tagen schwere Kämpfe zwischen der Arbeiterschaft und den Truppen der faschistischen Regierung stattfinden. Die Bevölkerung der Hauptstadt soll zum großen Teil die kämpfende Arbeiterschaft unterstützen. Die Position der Regierung soll stark erschüttert sein, weil sie keine der versprochenen sozialen Maßnahmen durchführen konnte und durch ihre Terrorverordnungen breite Bevölkerungsschichten in die Opposition getrieben hat.

Bei einem Sturm auf die Polizeikasernen sollen durch Maschinengewehrfeuer 38 revolutionäre Arbeiter getötet worden sein.

Amerikanische Arbeitslose holen sich Fleisch

Ill. Chikago, 6. Juli. Im Stadtteil Kensington stürmten 300 Arbeitslose mit ihren Familien eine städtische Lebensmittelniederlage, warfen die Fenster mit Ziegelsteinen ein und plünderten die Niederlage vollständig aus. Sie riefen: „Wir wollen Fleisch und Brot!". Fünf Polizeiabteilungen trieben die Menge gewaltsam auseinander.

Der Textilarbeiterstreik in Lancashire

London, 6. Juli. Der Streik der Weber in Lancashire verschärft sich. In Haslington haben Streikende die Streikbrecher [illegible] Polizei mußte den Rückzug antreten. Besondere Polizeitruppen wurden nach Haslington geschickt.

Fuhrleute und Chauffeure der Marien-Werft in London sind in den Streik getreten. Erst vor kurzem wurden ihre Löhne von 1 Schilling 10 Pence auf 1 Schilling 6 Pence pro Stunde gekürzt. Jetzt wollten die Unternehmer einen neuerlichen Lohnabbau durchsetzen. Die Streikenden haben ein Streikkomitee aus ihren Reihen gewählt.

Belgischer Bergarbeiterstreik verschärft

NGO.-Sekretär van den Boom verhaftet

Brüssel, 6. Juli. Der Streik der Bergarbeiter von Borinage geht weiter. Entgegen den Meldungen in der sozialdemokratischen Presse hat sich der Streik noch verschärft. Weitere Gruben haben sich dem Streik angeschlossen.

Eine mächtige Frauendemonstration bildete sich in [illegible]. Mit roten Fahnen zogen die Frauen vor das Direktionsgebäude, um dort zu demonstrieren.

Die Haltung der ausländischen Arbeiter ist sehr gut. Sie sind in erdrückender Mehrheit bei ihren belgischen Kameraden. Schlimmstem Terror der Regierung, die sie mit Ausweisung bedroht.

Die Streikunterstützung für die Streikenden der Schächte, auf [illegible] der reformistische Verband den Streik als berechtigt erklärt, wird nur an die einheimischen Arbeiter gezahlt. Den Ausländern wird die Unterstützung verweigert.

Auf Befehl verlangt die ganze bürgerliche Presse von dem sozialdemokratischen Bürgermeister von Borinage scharfe Maßnahmen gegen die „Moskowiter".

Als Genosse Van den Boom in Jemappes in einer [illegible] besuchten Versammlung sprechen wollte, versuchten die Faschisten, die Versammlung zu sprengen. Die Polizei aber, [illegible] die Ruhestörer zu verhaften, sperrte unseren Genossen Van den Boom ein. Die Dreieinigkeit: Regierung, Kapital und [illegible] Führer, zeigte sich wieder einmal.

Der neue japanische Außenminister Graf Uchida hat sein Amt angetreten.

Partisanen verhindern japanischen Vormarsch

Wie die mandschurische Bevölkerung ihr Land und die Sowjetunion verteidigt

Charbin, 5. Juli. Die Versuche der Japaner, in der Mandschurei eine sichere Ausmarschbasis zum Krieg gegen die Sowjetunion zu schaffen, werden in immer stärkerem Maße durch die roten Partisanen gestört. Der Vormarsch der japanischen Truppen wird durch Sabotageakte und heroische Schlachten gegen die vielfache Uebermacht aufgehalten, der Ausbau strategisch wichtiger Punkte durch geschickte Operationen und gute Zersetzungsarbeit unter den japanischen Truppen verhindert.

Schwere Kämpfe zwischen starken Partisanenabteilungen, mit denen zusammen Truppenteile der „alten Kiting-Armee" (alte mandschurische Truppen, die sich weigerten, auf der Seite der „mandschurischen" Armee zu dienen) kämpfen, und japanischen Truppen werden aus dem Bezirk Juischu (südlich von Charbin) gemeldet. Die Zahl der gegen die Japaner dort kämpfenden Partisanengruppen und -abteilungen beläuft sich, wie die Charbiner japanische Presse meldet, auf über 10 000.

Ein Angriff von Truppen der „mandschurischen" Regierung auf dieses Gebiet wurde mit großen Verlusten für die letzteren zurückgeschlagen.

Am 27. Juni, abends, bombardierten japanische Flugzeuge die Stadt Jiuschu, um die herum von Partisanenabteilungen zwei Verteidigungslinien errichtet wurden.

Am 30. Juni gingen aus Charbin starke japanische Truppenteile ab, die Juischu besetzen sollen. Wie die japanische Presse mitteilt, ist unter den Truppen der „mandschurischen" Regierung ein „erschreckender Verfall der Disziplin" zu verzeichnen. Die in der Umgebung von Charbin stationierten Truppen der „mandschurischen" Regierung plündern ganze Dörfer und verkaufen ihre Waffen.

Wie die japanischen Blätter berichten, brach auf dem Flugplatz in Tschangtschung, den die Japaner als Stützpunkt für ihre Flugoperationen in der Mandschurei errichtet haben, Feuer aus. Die auf dem Flugplatz befindlichen Flugzeughallen und Flugzeuge sind sämtlich verbrannt.

Der neue Kommandant der japanischen Polizei in Charbin, Oberst Simomoto, erklärte in einem Interview mit Korrespondenten der dortigen Presse u. a. über die „Aufgaben" der japanischen Polizei in dem Gebiete des „mandschurischen Staates" folgendes:

„Wir arbeiten hauptsächlich auf militärpolitischem Gebiet. Auf diesem Gebiet ist die wichtigste Frage die des Kommunismus. Gegen den Kommunismus innerhalb Rußlands können wir nicht kämpfen; aber wir werden keinesfalls kommunistische Propaganda im japanischen Interessengebiet zulassen und werden alle streng verfolgen, die solche Propaganda betreiben. Zu unseren Aufgaben gehört auch der Kampf gegen die kommunistische Propaganda im japanischen Heer.

Faktisch hat Japan den mandschurischen Staat anerkannt, da sich japanische Truppen hier befinden und die mandschurische Regierung unterstützen."

★

Hongkong, 6. Juli. Die kommunistische chinesische Armee ist in einer Stärke von über 50 000 Mann an der Grenze der Provinzen Kiangsi und Kwangtung erschienen und hat mehrere Städte eingenommen. Die Kantonregierung befindet sich in größter Bestürzung.

Rohrlegerstreik in Zürich erfolgreich!

Zürich, 5. Juli. Der mit bewunderungswürdigem Elan und mit mustergültiger Geschlossenheit während sieben Wochen geführte Rohrlegerstreik gegen einen zehnprozentigen Lohnabbau ist am 2. Juli mit einem Teilerfolg beendet worden. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen werden. Der Lohnabbau von 10 Prozent mußte beschränkt werden auf 3 Prozent ab 1. Juli und weitere 2 Prozent ab 1. Januar 1933. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden.

Gegenüber den Abmachungen, die der große reformistische Metallarbeiterverband mit den Heizungsindustriellen getroffen hat, die zu einer zehnprozentigen Senkung der Löhne führten, bedeutet der Abschluß des von der RGO. geführten Rohrlegerstreiks einen erheblichen Erfolg. **Von großer Bedeutung ist auch, daß der Streik zu einer Zerschlagung der seinerzeit von den Reformisten akzeptierten gleitenden Lohnskala führte.**

Dieses Ergebnis war nur durch die Einheitsfront aller Kämpfenden möglich. Die streikenden Arbeiter haben diesen Kampf in solch bewundernswürdiger Weise, mit einer solchen Entschlossenheit und einem derartigen Selbstbewußtsein geführt, wie es in der Geschichte der gewerkschaftlichen Kämpfe in der Schweiz bisher unbekannt war. Selbst, als durch den unerhörten Terror der Polizeisozialisten in Zürich eine große Zahl der führenden Streikfunktionäre verhaftet wurden, schwankte die Streikfront keinen Augenblick. Neue mutige Kämpfer sind aus den Reihen der Streikenden entstanden und haben sich an die Spitze des Kampfes gestellt.

Die Barrikadenkämpfe, die aus dem Streik erwuchsen, haben den Klassenkampf der Schweizer Arbeiterschaft allgemein auf eine höhere Stufe gehoben und dem Streik internationale Bedeutung verliehen.

In der Stadt Mexiko sind die Angestellten der Straßenbahngesellschaften gegen einen angedrohten Lohnabbau, die Verlängerung des Arbeitstages und die schweren Arbeitsbedingungen in den Streik getreten. Alle Straßenbahnlinien liegen still. Die Regierung droht, Truppen gegen die Streikenden einzusetzen. Auch die Angestellten der Schlafwagengesellschaft sind in den Streik getreten.

Polnische Jungarbeiter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt

Warschau. Das Kriegsgericht in Radom verurteilte die drei kommunistischen Jungarbeiter Foremek, Parpanski und Bata, die angeschuldigt waren, einen Provokateur ermordet zu haben, zu lebenslänglichem Zuchthaus.

Universitätsprofessoren gegen den Justizmord von Scottsboro

London, 5. Juli. 274 Studenten und Professoren der Londoner Wirtschaftsschule haben einen Brief an den Gesandten der Vereinigten Staaten in London gerichtet, in dem sie die Aufhebung des Scottsboro-Urteils verlangen. Der Brief war u. a. von den Professoren Ginsberg, Hogden, Laski, Tawney und Eileen Power (alles Professoren der Londoner Universität) unterzeichnet. Außerdem hatten 17 Lektoren der Wirtschaftsschule und eine Reihe Studenten unterschrieben. In dem Brief heißt es:

„Wir, die unterzeichneten Lehrer und Studenten der Londoner Wirtschaftsschule, schließen uns entschieden dem weltweiten Protest gegen den legalisierten Mord an den acht Negerknaben von Scottsboro an. Wir betrachten diesen Mißbrauch der Justiz, dieses Resultat der schlimmsten Rassenvorurteile als einen unerhörten Mißbrauch der Grundprinzipien der Zivilisation und verlangen die sofortige Aufhebung des Urteils."

Der Staatsgerichtshof in Belgrad hat im Prozeß gegen dreißig Kommunisten von Maria-Theresiopel neunzehn zu Gefängnisstrafen von einem bis zu vier Jahren verurteilt und die übrigen Angeklagten freigesprochen.

Das Gericht in Antwerpen hat sechs Teilnehmer an der Antikriegskundgebung in Antwerpen zu insgesamt 8½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe muß sofort angetreten werden. Zwei Verurteilte haben, weil sie Kommunisten sind, eine besonders harte Strafe erhalten, nämlich drei und zwei Monate Gefängnis.

Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

11. Fortsetzung.

Es ist dunkel geworden über Kiel.

Nur wenige Laternen brennen.

Die Züge ziehen von allen Seiten dem Bahnhof zu und stauen sich auf dem Vorplatz. Die hohe Halle mit der weitgespannten Bogenkuppel scheint auf den Massen zu schwimmen.

Und wieder braust es durch die Luft:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde . . .
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale
Befreit das Menschenrecht!"

Langsam fährt ein Zug in die Halle ein.

Dann an der anderen Seite des Bahnsteiges noch einer.

In dem ersten Zug sitzen Infanteristen, die Kiel zurückerobern sollen. Sie werden von den Kulis mit brausendem Hurra empfangen. Die Offiziere werden entwaffnet und abgeführt. Auch die Reisenden aus dem zweiten Zug gehen sofort in dem Getümmel unter. Ueberall Matrosen, Gewehre umgehängt, die Kolben nach oben. Der Abgeordnete Noske, der mit dem Zug angekommen ist, wird sofort umringt.

Sein Koffer wird ihm abgenommen. Ein Bahnbeamter redet auf ihn ein. Ein waffenloser Offizier versucht ihm etwas zu erklären:

„Es ist ja nicht so schlimm!"
„Es wird schon wieder werden!"
„Bis jetzt ist alles ruhig abgegangen!"
„Komm, Genosse Noske, wir warten schon!"

Die Matrosen drängen den Abgeordneten sanft nach vorn. Der Staatssekretär Haußmann und ein Kieler Gewerkschaftssekretär, die mit Noske zusammen ankamen, werden von ihm abgedrängt.

Noske passiert die Sperre und ist an den Treppen angelangt, die zur Vorhalle hinunterführen.

„Hier ist er — Noske!"
„Genosse Noske aus Berlin!"
„Noske!" ruft einer der Menge unten zu.

Der Ruf wird aufgenommen. Die ganze Vorhalle erdröhnt; von den hohen Wänden und von oben aus der Kuppel hallt es zurück:

„Noske!"
„Hoch!"
„Hoch!"

Noske sieht die Menge unter sich, ausgestreckte Hände, Gesichter, Gewehrkolben. So hatte er sich den Empfang nicht vorgestellt. Aber er hat keine Zeit zum Ueberlegen. Seine Begleiter drängen ihn vorwärts. Schritt für Schritt schieben sie ihn durch die Menge. Er weiß gar nicht, wie er aus der Halle herausgekommen ist.

Auf der Straße stehen unübersehbare Massen.

Noske wird in ein Auto gehoben, einige Matrosen steigen mit auf. Hinten hockt einer und schwenkt eine rote Fahne. Er ist schon heiser vom Schreien, ruft aber immer wieder:

„Es lebe die Freiheit! Es lebe die Freiheit!"

Neben Noske sitzt Artelt:

„In Wik haben sich heute 20 000 Matrosen bewaffnet. Alle anderen Abteilungen, auch die Schiffe, machen mit. Die Offiziere sind machtlos. Ein Zurück gibt es für uns nicht mehr. Wir wollen jetzt zur Sitzung ins Gewerkschaftshaus und nachher zum Gouverneur!"

Die Menge wird wieder dichter. Das Auto fährt langsamer.

„Der Wilhelmplatz. — Eine Versammlung", erklärt Artelt.

Im Schrittempo schiebt das Auto sich durch die Gasse, die sich in der Menge öffnet. Wie die ganze Stadt liegt der Wilhelmplatz in fast völliger Dunkelheit. In der Mitte steht ein mehrarmiger Kandelaber, an dem nur eine Laterne brennt. Davor ist ein Gerüst aufgebaut; ein Redner steht oben.

Die Scheinwerfer des Autos übergießen Teile der Szene mit plötzlichem weißen Licht — den Redner auf dem Gerüst, eine Traube Menschen im Gefäß des Kandelabers, einen Ausschnitt der Gesicht an Gesicht gedrängt stehenden Matrosen. Die Matrosen am Rande des Platzes gleichen einer dräuen drohenden Küste.

Das Automobil fährt an das Gerüst heran.

„Es lebe die Freiheit!" ruft der Mann mit der Fahne.

„Noske!" brüllt einer vom Kandelaber herunter.

„Noske!" wiederholt die Menge.

Noske steht auf und spricht. Zu den Ereignissen in Kiel weiß er nichts zu sagen. Er läßt sich nur in allgemeinen Betrachtungen über die politische Lage aus und fordert auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren:

„. . . in einigen Tagen wird der Waffenstillstand geschlossen sein. Die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Soldaten werden ihre baldige Erledigung finden. Dafür werden wir in Berlin sorgen. Ruhe und Besonnenheit ist jetzt die erste Pflicht. Keine nutzlosen Gewalttaten, die der Sache der hier demonstrierenden Arbeiter und Soldaten nur schaden können. Die Masse muß jetzt den Beweis bringen, sich selbst beherrscht zu können!"

Rufe von der Laterne herunter:

„Friede! Freiheit!"

Die Menge antwortet:

„Friede!"
„Freiheit!"
„Brot!"

Ein Matrose überreicht Noske einen erbeuteten Offiziersäbel. Noske nimmt den Säbel an sich, aber er weiß damit nichts anzufangen und hält ihn ungeschickt in der Hand. Der Säbel ist entblößt, ohne Scheide.

Ein langer Heizer, einer der vorher befreiten Arrestanten, springt auf das Trittbrett des Wagens hinauf:

„Mensch, gib mir das Ding lieber!"

Noske überläßt ihm den Degen gern.

Das Auto fährt weiter in der Richtung zum Gewerkschaftshaus. Die Menge bleibt auf dem Platz zurück. Bonczyk, der in der Nähe des Gerüstes gestanden hat, erkennt den langen Heizer im Arrestanzug, der Noske den Säbel abgenommen hat. Karl Raumschuh. Endlich, hier auf dem Wilhelmsplatz, hat er ihn gefunden. Er drängt sich durch die Menge, um ihn nicht wieder zu verlieren. Vor dem Arresthaus hatte er vergeblich nach ihm gesucht.

Raumschuh schreit mit hocherhobenem Säbel:

„Ihr seid ja alle verrückt: Noske, der und einen Säbel — einen Regenschirm hättet ihr ihm geben sollen!"

Fortsetzung folgt.

Reichsbanner und Nazis gemeinsam im „Arbeitsdienst-Beirat"

Auf Initiative des Reichsarbeitsministeriums der Papendiktatur wird die Schaffung eines „Beirates für den freiwilligen Arbeitsdienst" erfolgen, der dem neu zu ernennenden Reichskommissar für den Arbeitsdienst an die Seite gestellt werden soll. Der Beirat soll aus 16 Personen bestehen. Der Jungdeutsche (vom 2. Juli) veröffentlicht Einzelheiten über die Zusammensetzung des Beirats, und zwar:

„Es sind vorgesehen: Jungdeutscher Orden, Stahlhelm, Reichsbanner, die nationalsozialistisch beeinflußte Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Reichsarbeitsdienstpflicht (Oberst a. D. Hierl), der Volksbund für Arbeitsdienst (General a. D. Faupel), der Volksbund für freiwilligen Volksdienst (Konsul Wendler-Reutlingen), die katholischen Jungmännervereine, die Zentralstelle für Arbeitsdienst der evangelischen Jugendverbände (Pastor Stratenwerth), die Deutsche Turnerschaft, der Reichsverband der deutschen Jugendverbände (als Vertreter ist eine Frau ausersehen), ferner das Deutsche Studentenwerk, die Reichsstelle für Siedlerberatung, die Gesellschaft für ländliche Volksbildung, die Technische Nothilfe und schließlich der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich-national) und der ADGB (freie Gewerkschaften).

Die gewerkschaftlichen Vertreter werden nicht in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer berufen, sondern als Vertreter von Gruppen, die im Arbeitsdienst tätig sind. Die freien Gewerkschaften arbeiten übrigens gemeinsam mit den Arbeitersportverbänden."

Arm in Arm mit den Nazis, mit dem berüchtigten Naziobersten Hierl und mit den Stahlhelmern und der Technischen Nothilfe, dieser Streikbruchgarde, wollen also die Führer des Reichsbanners, des ADGB und der SPD den faschistischen Arbeitsdienst einführen. Diese Einheitsfront mit den schlimmsten und blutigsten Feinden der Arbeiter schließen Höltermann, Tarnow und Dittmann ab, während sie zugleich in Rundschreiben öffentlich die proletarische Einheitsfront zu durchkreuzen und zerstören suchen.

Ihr, sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, und ihr, Gewerkschaftskollegen vom ADGB, wollt und werdet nie gemeinsam mit den SA-Mördern diese faschistische „freiwillige" Zwangsarbeit leisten. Schweigt nicht zu dem neuen, ungeheuerlichen Plan des SPD-, ADGB- und Reichsbannervorstandes, der den Nazis noch besser als bisher den Weg bereitet und die Faschisierung unterstützt.

Nazi-Amnestie in Braunschweig

Die proletarischen politischen Gefangenen sind davon ausgeschlossen

Braunschweig, 6. Juli 1932 (Eig. Drahtbericht)

Der Hauptausschuß des Landtages hat gestern mit den Stimmen der Regierungsparteien einen nationalsozialistischen Amnestieantrag angenommen. Von dieser Amnestie sind die proletarischen politischen Gefangenen ausdrücklich ausgeschlossen. Es heißt in dem Amnestiegesetz: „Ausgenommen sind Taten, die die Volksgemeinschaft durch klassenkämpferische oder internationale Bestrebungen gefährden."

Da der Ausschuß Gesetze beschließen kann, ist die Nazi-Amnestie endgültig angenommen.

Neuer Mord der SA-Banden

Antifaschistischer Einheitsausschuß schlägt Proteststreik vor

Hamburg, 5. Juli. (Eig. Bericht)

In Dithmarschen wurde Genosse Frahm von SA-Banden ermordet. Auf diese Nachricht hin hat der Bezirkseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion der Werktätigen der Wasserkante ein Schreiben an alle Arbeiterorganisationen und an die gesamte werktätige Bevölkerung von Dithmarschen gesandt mit der Aufforderung, am Tage der Beisetzung unseres Klassengenossen durch einen geschlossenen Aufmarsch die geeinte Kraft der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Mordfaschismus zu demonstrieren.

Koalitionsangebot des Zentrums an die Nazis

Brüning für eine Regierung mit Papen und Hitler!

Das Zentrum eröffnete am Sonntag seine Wahlkampagne mit einer Rede Brünings in Köln, die in einem Koalitionsangebot an die Nazis gipfelte.

Brüning stellte zunächst den reaktionären Charakter der Zentrumspartei fest und hob seinen reaktionären Kurs stolz hervor.

Brüning gab dann Erklärungen über die Stellung zu einer Regierung des Zentrums mit den Nazis ab; er sagte wörtlich:

„... Ich bin der Ueberzeugung gewesen, daß nach den Preußenwahlen in Preußen zunächst ein Kabinett mit der Rechten zu bilden sei. Ich habe das den maßgebenden Stellen wiederholt gesagt; ich habe diese Verhandlungen selbst eingeleitet. Ich habe den maßgebenden Instanzen wiederholt gesagt: Wenn man entsprechend einer veränderten Volksstimmung mit rechts zusammengehen will, dann kann man das nur auf organischem Wege tun, zuerst in Preußen und einige Monate später, in dem dafür außenpolitisch geeigneten Zeitpunkt, auch im Reiche ...

Auch nachdem ich glaubte, meine Demission einreichen zu müssen, wäre es möglich gewesen, eine verständige Lösung zu finden in der Konstellation der Regierungspolitik, die verständige Lösung die der Herr Parteivorsitzende Kaas dem jetzigen Herrn Reichskanzler von Papen mit auf den Weg zum Reichspräsidenten gegeben hat. Deutlicher will ich nicht werden ...."

Es ist auch schon deutlich genug. Brünings Ausführungen sind natürlich nicht einfach rückschauend, sondern bedeuten ein Anerbieten des Zentrums an Papen und an die Nazis zur offeneren Zusammenarbeit und Regierungskoalition. Ueber die Differenzen, die zwischen dem Zentrum und den anderen kapitalistischen Parteien, wie der NSDAP, bestehen, will die Brüningpartei im Interesse des Kapitals und der Faschisierung Hand in Hand mit der Hitlerpartei gegen die Arbeitermassen vorgehen. Darum kommt kraß zum Ausdruck, daß die Zentrumspartei ebenso wie die SPD unentwegt dem Faschismus die Stange hält und ein Teil der faschistischen Front ist, und

daß der Faschismus nur durch die Einheitsfront der sozialdemokratischen und christlichen Proletarier mit den Kommunisten zurückgeschlagen werden kann.

Zentrum stellt SPD-Ministerpräsidenten Otto Braun unter Anklage

Ein neuer Fußtritt für die SPD. Das Zentrum biedert sich bei den Nazis an

Berlin, 7. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht)

Im Geschäftsordnungsausschuß des Preußenlandtages wurde gestern ein Antrag auf Strafverfolgung des im Urlaub befindlichen Ministerpräsidenten Otto Braun angenommen, weil Braun gegen Hitler den Vorwurf des Hochverrats und Landesverrats erhoben hat. Das Zentrum stimmte für die Strafverfolgung des Ministerpräsidenten der Weimarer Koalition. Nur dadurch fand der Antrag Annahme.

Erst haben die SPD-Führer mit dem Zentrum „Burgfrieden" für die Wahlkampagne geschlossen — da kommt dieser neue Fußtritt, mit dem das Zentrum einen neuen Beweis seiner Bereitschaft zur Koalition mit den Nazis liefert.

Hier habt ihr das Resultat der Weimarer Koalitionspolitik. Sie führt zum direkten Uebergang der sozialdemokratischen Bundesgenossen ins Lager des Faschismus.

Braune Feme

Nazi-Mordanschläge gegen Nazi-Führer gerichtlich festgestellt

Vom Gericht wurde der Fabrikant Danzeisen aus Bayern zu der lächerlich geringen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Danzeisen hatte, wie vom Gericht nachgewiesen wurde, einige SA-Mordbanditen gedungen, um die Nazi-Führer Rohm und Graf Du Moulin zu ermorden. Vor Gericht erklärte Danzeisen, er sei jetzt nicht mehr in der Hitlerpartei. Als er den Auftrag zu dem Fememord gab, war er noch bei Hitler.

Vor Gericht wurde einwandfrei nachgewiesen, daß eine Feme der Nazis besteht. Allerdings unterließ das Gericht ängstlich jeden Versuch, in die dunklen Hintergründe dieser braunen Feme hineinzuleuchten.

Münchner Polizei löst KPD-Mitgliederversammlung auf

Am Sonnabend drang die Polizei des Zentrums-Polizeipräsidenten Eisenrath in die Mitgliederversammlung der KPD ein und löste dieselbe trotz wiederholter Hinweise, daß es sich um keine öffentliche Versammlung handele, gewaltsam auf. Zur selben Zeit wurde auch die in einem anderen Lokal tagende Funktionärversammlung der KPD von Gladbach durch die Polizei aufgelöst.

Die Antifaschistische Aktion

Döbeln. Von der RH und KPD wurde eine Demonstration mit anschließender Kundgebung veranstaltet, die glänzend besucht waren. Sehr viele sozialdemokratische Arbeiter beteiligten sich daran. In der Kundgebung erklärte ein Arbeiter, der seit 20 Jahren Mitglied der SPD ist:

„Als ich von der Polizei meines eigenen Parteigenossen Kunzemann ohne jeden Grund mit dem Gummiknüppel geschlagen wurde, habe ich erkannt, wohin die Politik des ‚kleineren Uebels' führt. Ich ziehe die Konsequenzen und gehe den Weg der roten Einheitsfront."

Der bestehende vorbereitende Einheitsausschuß wurde erweitert, einstimmig eine Entschließung für Antifaschistische Aktion angenommen, 14 neue Mitglieder für die Rote Hilfe geworben.

Göppersdorf. In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung, an der viele sozialdemokratische Arbeiter teilnahmen, zeichneten sich 102 Arbeiter, darunter viele Sozialdemokraten, für die Antifaschistische Aktion ein. Der Einheitsausschuß wurde durch weitere 8 Arbeiter, unter ihnen 2 Sozialdemokraten, ergänzt.

Seesen a. Harz. Auf einer Gebietskonferenz der Antifaschistischen Aktion wurden 2 Reichsbannerkameraden als Delegierte zum Einheitskongreß in Berlin gewählt.

Gladbach-Rheydt. Auf einer Betriebsräte-Konferenz an der 34 Betriebsräte aus 19 Betrieben teilnahmen, wurde ein Einheitskampfausschuß gewählt, dem zwei freigewerkschaftliche, ein christlicher, ein Hirsch-Dunckerscher, zwei unorganisierte und ein RGO-Kollege angehören. Auch diese Konferenz stellte sich einmütig hinter die Beschlüsse der Wuppertaler Betriebsräte auf Organisierung eines 24stündigen Proteststreiks gegen Notverordnungsdiktatur, Lohnraub und SA-Terror.

Geraberg (Th.). Zu einer öffentlichen Versammlung des Erwerbslosenausschusses marschierten Betriebsarbeiter und Erwerbslose gemeinsam auf. Die Belegschaft des Elgersburger Betriebes Müller & Grünstein legten die Arbeit eine Stunde früher nieder und beteiligten sich geschlossen an dieser Kundgebung.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion demonstrierte am 4. Juli die Breslauer Arbeiterschaft gegen den Mordfaschismus und Hungerdiktatur. An der Spitze der Demonstration marschierte die streikende Belegschaft der Schuhfabrik Wohlauer.

Die Erwerbslosen von Thale bei Magdeburg beschlossen in einer Versammlung am 4. Juli die Durchführung des Mieterstreiks, falls erneut die Kürzung der Unterstützungen durchgeführt wird.

der fleisch- u. wurstladen von dem man spricht
dresdner fleischhallen
Amalien- Ecke Serrestraße
Beste Qualitäten zu niedrigsten Preisen ● Eigene Fabrikation ● Eigener Fleisch- und Wurstfabrik-Großbetrieb

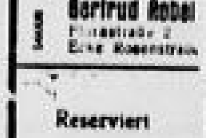
Die schönsten Herren-Anzüge fertig und nach Maß, auch für schlanke und Starke 28.- bis 85.- ℳ
Herren-Mäntel Gabardine, Marengo, Covercoat 28.- bis 78.- ℳ
Loden-Mäntel [illegible]
Trenchcoats 9.50 bis 45.- ℳ
Hosen, Windjacken, Loden- und Lederjacken
Teilzahlung billig bei
Emil Kohlfeldt
Hauptstraße
Ritterstraße 2-4

Erwerbslose,
welche Beziehungen zu Genossen und anderen Personen haben, können guten Verdienst erhalten. Anfragen mit Beifügung von 2 Zwei-pfennigmarken für Mustersendung
M. Dahmen, Gotha (Thür.)
Ohrdrufferstraße 23, ptr.

Das gute
Das interessante
Das aktuelle
Das neue
BUCH
erhalten Sie leihweise ohne Pfand in der Leihbücherei Dresden A. [illegible]

G Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Groß-Dresden G

Dresden-A.

Deckt Ihren Bedarf bei Jg. Lorenz Instrumenten- und Trommelfabrikation
Grüne Straße 1c Hintergebäude
Feine Fleisch- u. Wurstwaren Hugo Mühle Fleischermeister Schnorrstraße 56 Fernruf 40029
Lebensmittel jeglicher Art billig: Gertrud Röbel Pillnitzer Straße 2 Ecke Rosenstraße
Möbel-Scheinert Willy Scheinert Grunaer Straße 18 Bannewitz Hauptstraße 31. Kaufe beim Fachmann!
Reserviert

Qualität bei Jacob
Dresden-Johannstadt
Br. Rämsch, Dentist
Zahnersatz, Zahnbehandlung für Ortskrankenkasse, städt. Betriebs-, Post- u. alle kaufm. Berufskrankenkassen u. dergl.
Inserieren bringt Verbindung mit dem Interessenten!

Dresden-Cotta
Erstes Lichtspielhaus Hebbelstraße 10
Mechanische Schuhbesohlung Erich Bersach Tabbertstraße 40, schräg-über Volkshaus Dresden-West
Reserviert
Kauft nur bei unseren Inserenten!
Dresden-N.
Reserviert
Reserviert 777
Dresden-Lockwitz
Weißbäckerei, Konditorei Carl Walther, Inhaber A. Wehner

Dresden-Strehlen
II. Fleisch- u. Wurstwaren Hermann Kunze Friedrich-August-Platz 2 Fernruf [illegible]
Ihr Vogel braucht Futter, Ihr Vogel braucht Sand — Sie haben beides schnell und billig zur Hand in der „Singha"-Zoo-Handlung Lockwitzer Straße
Alfred Pinker Mockritzer Straße 3 Fernsprecher 45311 II. Fleisch- u. Wurstwaren
Dresden-Bühlau
Feine Fleisch- u. Wurstwaren Ewald Hering Bautzener Landstraße, Ecke Elisabethstraße
Dresden-Loschwitz
Färberei und chemische Wäscherei Dohausen Grundstraße 34

Dresden-Pieschen
Albin Seifert Kohlenhandlung Rehefelder Str. 42. Ruf [illegible]
Zigarrenhaus Kohlstrunk Bürgerstraße 41 Spezialgeschäft für Tabakwaren
Kämpft gegen den Faschismus!
Herm. Schubert, Altpieschen Holz — Kohlen — Briketts
Dresden-Trachau
Otto Voigt, Schuhwaren aller Art Eig. Reparaturwerkstatt, Leipziger Str.
Dresden-Trachenberge
Barbara-Apotheke Lieferant aller Krankenkassen Großenhainer Straße 139

Beilage
Donnerstag, den 7. Juli 1932

Arbeiterstimme

Nr. 157
8. Jahrgang — Tagespresse der KPD

Zweimal Radrennbahn Reick

Die ganze Ausbeutergesellschaft hat ihre Autos an die Zugangsstraßen der Radrennbahn gefahren. Satte Spießbürgergesichter lächeln. Dicke Zigarren rauchen. Monokel glänzen. Brotpapier raschelt. Arme recken sich zum Faschistengruß in die Höhe. Was ist los? *Der Oberosaf Hitler spricht auf der Radrennbahn in Reick.*

Aber am 19. Juli werden rote Fahnen wehen. Graue Bataillone werden anrücken. Kommunisten, Komsomolzen, Pioniere. Alle Dresdner Arbeiter müssen kommen. Denn am 19. Juli steht die Radrennbahn im Zeichen der Antifaschistischen Aktion. Es spricht der Führer der Kommunistischen Partei, der Genosse Ernst Thälmann!

Seht euch die Jacketts an

Seht genau hin, Genossen, ob etwas fehlt. Das Kampfzeichen der Antifaschistischen Aktion gehört an das Jackett jedes Arbeiters. Den Groschen opfern alle gern, denn er ist für unseren Kampffonds bestimmt.

Und noch mehr!

Auch die Sammellisten werden schnell voll und die Marken finden reißend Absatz. Nur müssen sie bei jeder Gelegenheit vorhanden sein. Deswegen, Genossen, überall Werbekolonnen auf den Plan für die

Antifaschistische Aktion

Sturmzigarettenfabrik als Rowdynest

Am Montag wurden in der 12. Stunde zwei Striesener Arbeiter, als sie mit Nationalsozialisten zu diskutieren versuchten, plötzlich von einer Anzahl zum Teil halbuniformierter Nazis aus dem Fabrikgebäude der Nazi-Sturm-Zigarettenfabrik, Sy[illegible]strasse Straße, gegenüber dem Striesener Friedhof, überfallen. Die Nazis fielen über die Arbeiter her, um sie niederzuschlagen. Gegen einzelne sind die Nazimordbanditen „mutig" vor dem Massenabwehrwillen der antifaschistischen Arbeiter weichen sie feige zurück, wie das Fiasko ihres Striesener Propagandamarsches vom Dienstag beweist.

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion

Massenaufmarsch gegen Faschismus

Die braune Mordpest zur Umkehr gezwungen. Mitglieder der Eisernen Front reihen sich ein in die rote Einheitsfront

Wie wir bereits gestern berichteten, beabsichtigten die braunen Unternehmergarden am Dienstagabend, eine neue Provokation gegen Dresdner Arbeiter. Dazu hatten sie sich den Arbeitervorort Striesen ausgesucht. Gewarnt durch die Aufmärsche in anderen Arbeitervororten Dresdens hatten sich die Arbeiter bereits lange vor dem Anmarsch der Nazis auf den Straßen eingefunden. Das „Nieder mit den Terrorgarden der Unternehmer" klang beim Anmarsch der Faschisten durch die Striesener Straßen. Diese allgemeine Erregung und der feste eiserne Wille der Arbeiter, jede Provokation abzuwehren, veranlaßte die Nazis ihre Marschroute zu ändern. Als die Hitlerfaschisten vor den Arbeitern, die unter Führung der Kommunisten zur Abwehr bereitstanden, zurückwichen und umkehrten, ertönten brausende Rot-Front-Rufe und Niederrufe gegen die braune Mordpest und den faschistischen Terror.

Der Aufruf der Dresdner Volkszeitung, die Straßen leer zu machen, wurde von der Reichsbannerführung an diesem Abend praktisch durchgeführt. Die Führung hatte das Reichsbanner im Volkshaus-Ost kaserniert. Diese Maßnahme löste bei vielen Mitgliedern der „Eisernen Front" und des Reichsbanners starke Empörung aus. Diese waren mit dem Zurückweichen ihrer Führung vor den Faschisten nicht einverstanden.

Mehrere Mitglieder der „Eisernen Front" legten das Abzeichen, die drei Pfeile, ab und stimmten in den Gesang der Internationale ein. Begeistert marschierten sie mit den zur Abwehr bereiten Arbeitern und einem nach Hunderten zählenden Demonstrationszug unter dem Gesang revolutionärer Lieder nach dem Pohlandplatz. Hier sprach ein Arbeiter zu den Demonstranten über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Arbeiter gegen den Nazi-Hitler-Faschismus.

Bis in die späten Abendstunden dauerten die Kundgebungen der Antifaschisten an. Die Polizei vermochte nicht die Masse von der Straße zu vertreiben. Immer wieder ertönten Niederrufe auf die Systemarmee und Hochrufe auf die rote Einheitsfront gegen den Faschismus.

Revolver gegen Antifaschisten

Anläßlich der Gegendemonstrationen der Striesener Arbeiter gegen die braune Mordpest ging die Polizei auf der Wittenberger Straße mit gezogenem Revolver gegen antifaschistische Demonstranten vor und verfolgte sie zum Teil bis in die Häuser.

Die Polizeiüberfälle setzten sich über Mitternacht fort. Am Altenberger Platz, in der Hepkestraße und den anliegenden Straßen wurden Arbeiter auseinandergetrieben und teilweise verhaftet. Der Arbeiter Herbert Knisch wurde so fürchterlich geschlagen, daß man ihn vor Schmerzen mehrere hundert Meter weit schreien hörte. Auf einzelne fliehende Arbeiter wurde buchstäblich Jagd gemacht.

Gäste des Nazilokals „Dornblüthschänke", Dornblüth-, Ecke Schandauer Straße, denunzierten Arbeiter als antifaschistische Demonstranten. Dieser **Aufmarsch hat den Arbeitern gezeigt, wo die Saboteure der roten Einheitsfront sitzen. Nur die Kommunistische Partei führt den Kampf gegen Faschismus.** Das hatte auch ein Jungbannermann erkannt, der aus dem Verhalten seiner Führung noch in derselben Nacht die [illegible] zog. **„Jetzt habe ich erkannt, was los ist. Ich habe alles abgelegt und komme zu euch."** So erklärte er um Mitternacht einem Trupp kommunistischer Arbeiter, die er nach den Vorfällen in den Striesener Straßen traf.

Das Beispiel des Jungbannermannes darf kein Einzelfall bleiben! Die zum Kampf gegen den Faschismus bereiten, ehrlichen sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter, denen unser ZK durch seinen Aufruf zum Kampf gegen den Faschismus die Bruderhand reichte, müssen erkennen, daß die siegreiche Niederwerfung des Faschismus nur möglich ist im revolutionären Kampf unter Führung der KPD. Deshalb eingereiht in die Antifaschistische Aktion.

Heraus zur Antifaschistischen Woche

Mobilmachung für Liste 3

Genosse! Genossin! Was hast du in der Woche vom 10. bis 17. Juli zu tun?

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion **führt die Partei vom 10. bis 17. Juli eine Antifaschistische Woche durch. Breiteste Mobilisierung aller Werktätigen zum Kampf gegen den Faschismus ist das Gebot der Stunde. Wir müssen die antifaschistische Front erweitern, soll es uns gelingen, die Voraussetzungen für den Sieg über den Faschismus zu schaffen. Diese Voraussetzungen können nur dadurch geschaffen werden, daß alle Antifaschisten ihre Pflicht erfüllen. Am 31. Juli ist Heerschau über die Kräfte die der antifaschistischen Armee zur Verfügung stehen. Die Wahl muß durch die Gewinnung neuer Massen Werktätiger für die KPD zu einer wuchtigen Kampfansage an den Faschismus und das Papenkabinett werden. Dazu gilt es alle Kräfte zu mobilisieren.**

Wählerlisten, Stimmkarteien einsehen

In jedem Wahlbezirk muß für die dort wohnenden Wähler von der Behörde eine Wählerliste angelegt werden. Die Wählerliste ist zur Einsichtnahme der Wähler auszulegen, damit sich der Wähler vergewissern kann, ob sein Name eingetragen ist. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Die **Stimmkarteien der Stadt Dresden und des selbständigen Gutsbezirks Albertstadt** für die am 31. Juli 1932 stattfindende Reichstagswahl liegen **vom 10. bis mit 17. Juli 1932 werktags von 12 bis 20 Uhr, Sonntags von 10 bis 18 Uhr** zu jedermanns Einsicht öffentlich aus. An städtischen Anschlagstafeln werden in den einzelnen Auslegebezirken noch Bekanntmachungen angeschlagen, aus denen ersichtlich ist, wo der Stimmberechtigte seine Kartei einsehen kann.

Die Auslegestellen sind die gleichen wie bei der letzten Abstimmung mit dem einzigen Unterschied, daß der Eingang in die [illegible] Volksschule diesmal wieder von der Eliasstraße 17 aus (nicht [illegible]straße 11 zu nehmen ist.

Für den Gutsbezirk Albertstadt liegt die Kartei aus wie bisher im Geschäftszimmer der Gutsbezirksverwaltung Königsbrücker Straße 123 Eg.

Da nur derjenige wählen kann, der in die Stimmkartei eingetragen ist, empfiehlt es sich, die Kartei einzusehen. Einsprüche gegen die Stimmkarteien können bis mit 17. Juli 1932 schriftlich oder mündlich an den Auslegestellen unter Vorlegung des Einwohnermeldescheins angebracht werden. Soweit Einsprüche nicht [illegible] für begründet zu erachten sind, werden sie spätestens bis zum 21. Juli erledigt.

Abschriften der Wählerlisten besorgen

Voraussetzung für einen Schlepperdienst am Wahltage ist das Vorhandensein von Abschriften von Wählerlisten. **In großen Städten und stark bevölkerten Orten ist deshalb notwendig, solche Abschriften anzufertigen.** Der Bezug von amtlichen Abschriften ist für unsere Parteiorganisation finanziell nicht tragbar, die Ortsgruppen müssen daher sofort schreibgewandte Genossen verpflichten, die derartige Abschriften herstellen können. Mit Hilfe unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter muß erreicht werden, daß die Gemeindebehörden räumlich und zeitlich Gelegenheit zur Vornahme der Abschriften geben. In kleineren Orten wird es auf andere Weise möglich sein, den Schlepperdienst am Wahltage zu organisieren. **Die Wählerlisten müssen der Auslegung der Wählerlisten abgeschrieben sein.**

Organisiert die Einsichtnahme in die Wählerlisten

Wählen kann nur, wer in der Wählerliste steht. **Deshalb ist es eine absolute Notwendigkeit, daß die Einsichtnahme in die Wählerlisten gut organisiert wird, damit keiner unserer Wähler wegen dieser Unterlassung sein Wahlrecht verliert. Mit Hilfe unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter ist darauf zu achten, daß für die Einsichtnahme in die Wählerlisten genügend Auslegestellen eingerichtet werden, die auch leicht erreichbar sind und daß durch genügende amtliche Bekanntmachung auf die Auslegung und die Auslegungsorte aufmerksam gemacht wird.**

Die Redaktionen sind verpflichtet, täglich mit Schlagzeilen mit Angabe der Auslegungszeit zur Einsichtnahme in die Wählerlisten aufzufordern. Alle Leitungen müssen diese Termine den Redaktionen mitteilen.

Zur Erleichterung der Einsichtnahme wird es sich für die Ortsgruppenleitungen empfehlen, Einzeichnungslisten in den Betrieben, Gastwirtschaften, Parteigeschäften usw. auszulegen in welche diejenigen sich eintragen, die nicht Zeit haben, die Wählerliste bei der Behörde selbst einzusehen. Ein beauftragter Genosse hat dann die Wählerliste daraufhin zu kontrollieren, ob die eingezeichneten Namen in der amtlichen Liste enthalten sind. Fehlt ein Name, so muß der Betreffende selbst sofort benachrichtigt werden und dieser dann die Nachtragung sofort veranlassen.

Wer erhebt Einspruch gegen die Wählerlisten?

Die Reklamation wegen Fehlens in der Wählerliste ist bei der Gemeindebehörde anzubringen innerhalb der Frist, welche in der Bekanntmachung über die Auslegung der Wählerlisten angegeben ist.

Die Einrichtung der Wahl- und Stimmscheine hat den Zweck, einem Wähler, der sich am Wahltage außerhalb seines Wahlkreises aufhält, die Ausübung seines Wahlrechts zu ermöglichen. Die Wahlgesetze enthalten folgende Bestimmungen (§ 9):

Wer erhält Stimmscheine?

Einen Stimmschein erhält auf Antrag:

1. Ein Stimmberechtigter, der in eine Wählerliste oder Wählerkartei eingetragen ist,
2. wenn er sich am Abstimmungstag während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält,
3. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist (Ziffer 4) seine Wohnung in einen anderen Wahlkreis verlegt;
4. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen.
5. Ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen oder darin gestrichen ist,
6. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist versäumt hat;
7. wenn er wegen ruhenden Wahlrechtes nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund dafür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;
8. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Stimmscheine können noch am Tage vor der Abstimmung ausgestellt werden.

Das Wahlrecht ruht für die Soldaten während ihrer aktiven Dienstzeit, wenn ein Soldat zwischen Auslegung der Wählerliste und Wahltag ausscheidet, muß er nach Ziffer II, 2, einen Wahlschein bekommen. Dasselbe gilt für Straf-, Untersuchungs- und Polizeigefangene, die in dieser Zeit aus dem Gefängnis entlassen werden. **Schutzgefangene besitzen unter allen Umständen das Wahlrecht und müssen zum Wählen zugelassen werden. Für diese empfiehlt sich die Beschaffung eines Stimmscheines.**

Mit Unterstützung unserer Stadtverordneten und Gemeindevertreter ist bei den Gemeindebehörden darauf hinzuwirken, daß für Kranken- und Pflegeanstalten mit einer größeren Anzahl von Stimmberechtigten, die keinen Abstimmungsraum außerhalb der Anstalt aufsuchen können, durch die Behörde besondere Stimmbezirke gebildet werden, durch deren Einrichtung den Kranken und dem diensttuenden Pflegepersonal Gelegenheit zur Stimmabgabe gegeben wird. Ist die Zahl der Stimmberechtigten einer Krankenanstalt so gering, daß sich die Abstimmung der einzelnen Stimmberechtigten ermitteln ließe, so ist bei den Gemeindebehörden für die Bereitstellung geeigneter Transportmittel Sorge zu tragen, damit die transportfähigen Kranken einen für sie günstig gelegenen Abstimmungsraum aufsuchen können.

Bekanntmachung der Wahlen

Die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlraumes, sowie Tag und Stunde der Wahlen sind spätestens drei Tage vor der Abstimmung durch die Behörde in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Es genügt Bekanntgabe mittels Plakatanschlag.

Beisitzer zum Wahlvorstand

Für jeden Wahlbezirk wird von der Behörde ein Wahlvorsteher ernannt, der aus den Wählern des Bezirks drei bis sechs Beisitzer beruft. Die Beisitzer sollen Erklärungen der Regierung zufolge möglichst allen im Wahlbezirk vertretenen Parteien entnommen werden.

Die Ortsgruppenleitungen haben daher eine Anzahl von Genossen auszuwählen, die dem Wahlvorsteher vorzuschlagen sind, wenn das Ersuchen ergeht, Personen für die Beisitzerposten zu nennen.

Wahlzeit und Stimmzettel

Die Wahlzeit wird amtlich bekanntgegeben. Pausen in der angegebenen Zeit gibt es nicht. In dieser Zeit muß es ununterbrochen möglich sein, zu wählen. Am Schluß der Wahl dürfen nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden, die im Wahlraum anwesend sind.

Alle Leitungen müssen bei jeder Gelegenheit zur rechtzeitigen Stimmabgabe auffordern.

Die Stimmzettel werden wie bei der letzten Reichstagswahl wieder amtlich hergestellt.

Die KPD hat Liste 3

Diese Nummer steht unbedingt fest. Es kann also sofort mit der Popularisierung dieser Zahl bei den Wählermassen begonnen werden.

Trotz der Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit der Stimmzettel müssen die Bezirks- und Ortsgruppenleitungen dafür sorgen, daß während der ganzen Wahlhandlung vor den Wahllokalen Genossen stehen, die die Wähler über die richtige Kandidatenliste und deren Platz und Nummer belehren.

Organisiert die Wahlkontrolle und den Schleppdienst

Die Ortsgruppenleitungen haben dafür zu sorgen, daß in jedem Wahllokal von Beginn bis Ende der Wahl kontrollierende Genossen anwesend sind. Sie haben dafür zu sorgen, daß der Wahlakt ordnungsgemäß vor sich geht und daß die aufgerufenen Wähler in den eventuell vorhandenen Abschriften der Wählerlisten abgeschrieben werden, damit auf diese Weise der Schlepperdienst organisiert werden kann. **Die kontrollierenden Genossen müssen mit einem Ausweis, daß sie als Beauftragte der Kommunistischen Partei fungieren, versehen werden.**

Bei der Auszählung der Stimmen am Schluß der Wahl müssen in jedem Wahllokal Genossen anwesend sein, die die Auszählung überwachen und das Resultat nach der von der Ortsgruppenleitung bestimmten Sammelstelle übermitteln müssen. Dort sind die Wahlresultate in kurzen Zwischenräumen zusammenzustellen und an die Bezirksleitung und die Parteipresse weiterzuleiten.

SLUB
Wir führen Wissen.

Meißner Arbeiter schlagen Nazis zurück

Unerhörte SA-Ueberfälle auf Meißner Arbeiter. Polizeiattacken gegen Wehrlose Antifaschisten verjagen Faschisten von den Straßen

Am Freitag, dem 1. Juli, fand in Meißen eine wuchtige Demonstration der Antifaschistischen Aktion statt. Um 20 Uhr wurde eine gutbesuchte Versammlung in der Landtagsabgeordneter Max Silbermann sprach, durchgeführt und der vorbereitende Einheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion, durch drei SPD-Arbeiter erweitert. Dem dienstuendenden Versammlungsschutz war während der Versammlung aufgefallen, daß SA- und SS-Stürme, sich in der Umgebung der „Geipelburg" zu schaffen machten. Bewohner der Uferstraße stellten fest, daß SA-Truppen die Häuserblocks von und zur Geipelburg abriegelten und alle durchkommenden Passanten auf das ungeheuerlichste terrorisierten. Es war also ein Ueberfall auf die Geipelburg geplant. Während die Versammlung noch stattfand, wurden die SA-Truppen von vielen sich inzwischen angesammelten Arbeitern vertrieben, wobei einige dieser „Helden" von den empörten Arbeitern eine proletarische Abreibung erhalten haben sollen. Festgestellt wurde weiter, daß das Lokal „Zum Schiffchen" vollbesetzt mit SA-Leuten war. Im Laufe des Nachmittags sah man auch SA-Leute von auswärts in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Es war also ein großer Coup in Meißen geplant. Nach Schluß der Versammlung strömten die Versammlungsbesucher nach Hause, in der Nähe der „Dampfschiffhaltestelle" befand sich ein schwerbewaffnetes Polizeikommando, welches zunächst auf Grund der Geschlossenheit der Arbeiter, nicht einzugreifen wagte. Im Innern der Stadt ist es dann zu unerhörten Polizeiattacken sowie SA-Ueberfällen auf heimkehrende Arbeiter und Passanten gekommen. So wurden am Hahnemannsplatz die Arbeiter von der Polizei gejagt. Ein Arbeiter bei dieser Polizeiaktion von einem Kraftwagen überfahren. Er erlitt Rippenquetschungen und eine klaffende Fußwunde. Mehrere Polizisten stürzten sich auf den am Boden liegenden verletzten Arbeiter und machten Miene, ihn mit dem Gummiknüppel zu bearbeiten. Dies wurde durch die empörten Arbeiter verhindert, die sich dann auch um den Verletzten bemühten. Um Mitternacht stürmte ein 50 Mann starker SA-Trupp ausgeschwärmt durch die Neugasse, wobei alles was dem Nazimob in die Hände kam, niedergeschlagen wurde. Hier wurde ein Arbeiter durch Handschuß verletzt. Später stürmten die Nazis gemeinsam mit der Polizei durch den Steinberg, wo einige Arbeiter verfolgt wurden. Ein Arbeiter konnte sich im Turmhaus retten, wurde aber von der Polizei herausgeholt und von der Polizei blutig geschlagen, dabei wurde seine Brille eingeschlagen, wobei eine Verletzung am Auge und der Nase entstand. Der Rücken dieses Arbeiters ist blau und grün von den Gummiknüppelschlägen angelaufen. Auf der Rauentalstraße wurden Arbeiter von der faschistischen Mordpest gejagt, dieselben konnten sich rechtzeitig ins „Schweizerhaus" retten. Angeprangert verdient zu werden, daß der Wirt des „Albertbof" flüchtenden Arbeitern, den Zutritt zu seinem Lokal verwehrte.

Dieser unerhörte Naziterror, brachte die Arbeiter auf die Beine, die dann auch entschlossen gegen diese Naziterrorakte ankämpften. Bis zum frühen Morgen des Sonnabends standen die Arbeiter auf den Straßen und diskutierten über die Bildung der roten Einheitsfront. Auf dem Markt fanden große Ansammlungen und Diskussionen statt, gegen die die Polizei nicht einzugreifen wagte. Auch hier versuchten die Nazis zu provozieren, wobei die Polizei einen Reichsbannerkameraden verhaften wollte. In der Nacht des Sonnabends hatte die Meißner Polizei Großkampftag, der SA-Terror sollte ohne proletarische Abwehr fortgesetzt werden. So wurde vor allem die Rauentalstraße, wo das Büro der Kommunistischen Partei liegt, unter Beobachtung von Polizeibeamten in Zivil gehalten. Später rückten Ueberfallkommandos an, die kreuz und quer durch die Stadt jagten und alle Arbeiter, die auf der Straße angetroffen wurden, verhafteten. Zwei Arbeiter wurden nach bisheriger Mitteilung in Haft behalten. In Triebischtal wurde ein Arbeiter von SA-Horden blutig geschlagen.

Dieser Bericht rundet das Bild, das bei allen Naziaufmärschen in den verschiedenen Städten zu verzeichnen war, ab. Immer und zu jeder Zeit wird die Polizei gegen die Arbeiter eingesetzt. **Die sozialdemokratischen Führer empfehlen den Arbeitern sich in ihre Wohnungen zu verkriechen. Die SPD-Arbeiter aber und Reichsbannerarbeiter erkennen immer mehr die Notwendigkeit des gemeinsamen Anmarsches gegen die braunen Banditen gegen den Faschismus. Sie reihen sich ein in die rote Einheitsfront**

Klassenjustiz in Meißen

Von SA geschlagener Arbeiter wird zu Gefängnis verurteilt. Provozierende Nazis freigesprochen

(Arbeiterkorrespondenz 743)

Vorige Woche standen in Meißen ein Nazi und 2 Arbeiter vor Gericht. Die Nazis hatten zur Reichspräsidentenwahl Flugblätter verteilt. Dabei waren sie in das Haus eines Arbeiters gekommen. Dieser lehnte die Entgegennahme eines Zettels ab. Das war für den Nazi Anlaß, den Arbeiter sofort tätlich anzugreifen. Der Arbeiter antwortete aber mit einer ihm von seinem Bruder gereichten Kohlenschaufel. Der Nazi zog es vor, sich zu verdrücken. Tags darauf versuchten 45 bis 50 Nazis eine Strafexpedition gegen den Arbeiter durchzuführen. Da er nicht zu Hause war, stießen sie Drohungen aus. **Unter anderem rief Nazi-Müller jr. zum Bruder des betreffenden Arbeiters hinauf: „Warte nur, du schwarzes Schwein, wenn wir dich erwischen, schlagen wir dich tot!"** Wer nun glaubte, daß der Arbeiter, der in Notwehr gehandelt hat, freigesprochen würde, kennt unsere Klassenjustiz nicht. Der Arbeiter erhielt drei Wochen Gefängnis, während der Nazi freigesprochen wurde. **Auch dieses Beispiel sollte den Arbeitern zeigen, daß es notwendig ist, die rote Einheitsfront zu verstärken und den Kampf zu führen gegen Klassenjustiz und Faschismus!**

So steht unsere Versammlungs-Front

Donnerstag, den 7. Juli:

Oberullersdorf, 20 Uhr, öffentliche Versammlung, Gasthof
Friedersdorf, Gasthof, IAH-Versammlung, 20 Uhr
Ottendorf-Okrilla, Gasthof zum Roß, Kundgebung, 20 Uhr

Freitag, den 8. Juli:

Grunau, 20 Uhr, öffentliche Versammlung, Gasthof
Weigsdorf-K., 20 Uhr, öffentliche Versammlung, Bergschlößchen
Kirschnau, 13.30 Uhr, Arbeitslosenkundgebung mit Demonstration
Großröhrsdorf, Hotel Hauke, IAH-Versammlung, 20 Uhr
Hoflein bei Kamenz, Gasthof, Wahlversammlung, 20 Uhr
Dohna, Gasth. Muglztal, öffentl. Versammlung, 20 Uhr,
Reichenau b. Königsbrück, Gasthof, öffentl. Versammlung 20 Uhr

Sonnabend, den 9. Juli:

Kleinröhrsdorf, Gasthof Hoemel, IAH-Versammlung, 20 Uhr,
Sadisdorf b. Schm., Gasthof, öffentl. Versammlung, 20 Uhr
Hennersdorf bei Schmiedeberg, Gasthof, öffentliche Versammlung, 20 Uhr
Oppitz, 20 Uhr, Landversammlung, Gasthof
Luga, 20 Uhr, Landversammlung, Gasthof,
Carlsberg, 20 Uhr, Landversammlung, Gasthof

Sonntag, den 10. Juli:

Lippitsch, 16 Uhr, Landversammlung, Gasthof
Lomske, 20 Uhr, Landversammlung, Gasthof.

Beschäftigtensteuer wird abgezogen

Seit dem 1. Juli ist der Abzug in Kraft getreten. Die neue Beschäftigtensteuer wird nunmehr abgezogen.

Was nimmt die Beschäftigtensteuer

Die erste Notverordnung des Kabinetts von Papen hat den proletarischen und werktätigen Massen des deutschen Volkes neue 1,5 Milliarden Mark durch Beschneidung der bisherigen Sozialleistungen und durch Steuern genommen. Die verordnete Beschäftigtensteuer sieht wie folgt aus:

Monatseinkommen Mark	Lohn- u. Gehaltsempfänger Mark
50	0,75
100	1,50
130	3,25
150	3,75
300	7,50

400 Millionen Mark soll die Beschäftigtensteuer, oder, wie sie offiziell heißt: Arbeitslosenabgabe, betragen.

Es ist in diesem Zusammenhang eine Zusammenstellung über die Belastung des Arbeitseinkommens durch Massensteuern und Zölle von besonderem Interesse. Eine solche Zusammenstellung ist in der letzten Nummer (18. Juni 1932) der „Finanzpolitischen Korrespondenz" erschienen. An Hand einer Untersuchung des Statistischen Reichsamtes wird die Belastung des Arbeitseinkommens durch Umsatzsteuer, durch Verbrauchsbesteuerung und durch die Agrarzölle festgestellt.

Der Arbeiterhaushalt zahlt pro Jahr eine Umsatzsteuer von über 60 Mark. Das Arbeitseinkommen als ganzes ist durch die Umsatzsteuer im Jahre 1927/28 mit rund 750 Millionen Mark belastet worden.

Es wird geschätzt, daß der Arbeiter mehr als ein Viertel seines Einkommens in Form von Steuern, Zöllen und Sonderleistungen an die öffentlichen Körperschaften abführt. Die neue Beschäftigtensteuer bringt eine neue Belastung des Arbeitseinkommens, wobei auch das kleinste Lohneinkommen der Heimarbeiterin von dieser Steuer betroffen ist.

Nimmt die Arbeiterklasse diese neue Anmaßung kampflos hin, so werden neue Schläge folgen. Für jeden klassenbewußten Arbeiter muß es klar sein: Es ist die höchste Zeit, daß die Millionen Arbeiter in geschlossener Einheitsfront den Kampf aufnehmen.

„Kuhle Wampe" kommt nach Dresden

Vom 12. bis 26. Juli im Lichtspielhaus Freiberger Platz
Vom 26. Juli ab im Lichtspielhaus Faunpalast, Leipziger Str.
Vom 26. Juli ab im Lichtspielh. Gloriapalast, Schandauer Str.
Anfang August im Lichtspielhaus Schauburg, Bischofsweg
Ende Juli bis Anfang August im Lichtspielh. Filmeck, Briesnitz

läuft der langerwartete und nach mehrmaligem Verbot freigegebene Tonfilm **„Kuhle Wampe" oder „Wem gehört die Welt".**

Dieser Film ist aus der Feder Bert Brechts und Ottwalds, ein Werk von packender Eindringlichkeit und hält sich an klaren nüchternen unumstößlichen Tatsachen. Dieses gibt dem Film einen absoluten inneren Wert und ist eine begrüßenswerte Unterbrechung in der ermüdenden Serie der Tingeltangel- und gruseligen Geschichtenfilme. „Kuhle Wampe" überträgt nicht nur inhaltlich, sondern auch künstlerisch einen durchschnittlichen Tonfilm. Man kann ohne Uebertreibung feststellen, daß hier, ungeachtet aller Schwierigkeiten zum ersten Male in Deutschland ernsthaft und konsequent mit den besonderen Mitteln des Tonfilmes, der dialektischen Ton-Bild-Montage gearbeitet wurde. Ein wertvoller und in vielen Einzelheiten durchaus gelungener Versuch. Trotz des fleißigen Arbeitens der Zensurschere (der Film wurde zweimal verboten, ist „Kuhle Wampe" infolge seines innerlichen künstlerischen Wertes populär geworden. Ein gutes und wirkungsvolles Zusammenspiel der Hauptdarsteller Hertha Thiele, Ernst Busch u. a. mit 1000 Arbeitersportlern, Spieltruppen, Sängervereinigungen und dem Chor der Staatsoper gibt dem Film die besondere Note eines künstlerischen Anschauungsunterrichtes. Der Film ist zu loben, denn er hält sich absolut an die Wahrheit, er weist ohne einseitig parteipolitisch eingestellt zu sein, einen Weg, der vom trostlosen Milchmasch billiger Unterhaltungsware zu künstlerischen Sehenswerten führt. „Kuhle Wampe" läuft zur Zeit in Berlin und anderen Großstädten mit größtem Erfolg, wohl ein Beweis für die Güte des Films und Verlangen aller Bevölkerungsschichten nach demselben. Dieser Film läuft jetzt in Berlin zu gleicher Zeit in 15 Lichtspieltheatern mit größtem Erfolg.

Auch die Musik Hanns Eislers zu „Kuhle Wampe" ist von zwei Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Vom absoluten und formalen zunächst, sodann von ihrem Zusammenhang mit dem Bildstreifen und dessen dramaturgischer Bearbeitung. Was den ersten Punkt anbelangt, so wäre nur Gutes zu sagen. Die Musik, eingeteilt in mehrere in sich abgeschlossene Stücke, ist von prägster Geschlossenheit, ausgeprägter Rhythmik und scharf gemeißelter Thematik. Die Instrumentation ist durchsichtig und mikrophongerecht. Interpretiert wird die Partitur von dem ausgezeichneten Lewis-Ruth-Orchester unter Leitung von Josef Schmid.

Auf die später erscheinenden Inserate der Lichtspieltheater in dieser Zeitung ist zu achten.

•

In Dresden läuft der Film außerdem noch ab **26. Juli in dem Lichtspieltheater Li-Ma, Kesselsdorfer Straße.**

Durch Not in den Tod getrieben

In ihrer auf der Borsbergstraße 14 befindlichen Wohnung wurde eine 56jährige Geschäftsinhaberin am Mittwoch 9 Uhr tot aufgefunden. Die durch wirtschaftliche Not in den Tod Getriebene hatte sich mit Gas vergiftet und außerdem noch die Schlagader am linken Handgelenk geöffnet, um den Tod schneller zu finden.

Infolge Krankheit in den Tod

Am Mittwoch 18.35 Uhr wurde in ihrer Wohnung auf der Bergmannstraße 23 eine 60 Jahre alte Maurerpoliersehefrau in der Küche gasvergiftet aufgefunden. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Krankheit und Schwermut soll die Unglückliche in den Tod getrieben haben.

Von einem Auto angefahren

und verletzt wurde gestern in der 20. Stunde eine Frau als sie an der Haltestelle Annenkirche die Annenstraße überschreiten wollte.

Genossin Frieda Lorenz gestorben

Am Dienstagnachmittag verstarb in Somsdorf unsere Parteigenossin Frieda Lorenz im Alter von 22 Jahren. Sie war eine rührige Genossin, die jahrelang mit ihrer Mutter gemeinsam als Kolporteurin für die Arbeiterstimme wirkte. Ihre Einäscherung findet Sonnabend, den 9. Juli, 11.45 Uhr, im Krematorium Tolkewitz statt. Alle Genossinnen und Genossen geben ihr das letzt Geleit.

Ortsgruppe Somsdorf der KPD.

Roter Truppenwettbewerb

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion! Für den Schutz der Sowjetunion! Für die Liste 3!

Sonnabend, den 9. Juli, 20 Uhr, Sächsischer Wolf, Freital. Sechs sächsische Truppen spielen. Anschließend Massenkritik. Eintritt: Vollarbeiter 25 Pfennig, Erwerbslose 15 Pfennig. Die revolutionäre Arbeiterschaft von Freital stellt sich gemeinsam mit den Spieltruppen am Sonnabend, dem 9. Juli, 18.30 Uhr, Albertplatz, zur Demonstration. ATBD., Ifa- und Sportkartell Freital.

Was ist denn los?

Rot Front, Fritz! Rot Front, Hans! Sag mal Fritz, wo laufst du denn schon wieder hin? In de Sitzung. Du hast egal Sitzung! Was ist denn da schon wieder los? Wir haben eine große Sache vor! Sooo — was denn? Daß ich ins Arbeiter-Theater-Bund hin, weeste, nu nu! Dieser Arbeiter-Theater-Bund, abgekürzt ATBD, hatte zu Pfingsten seinen Bundestag in Chemnitz. Dort ist nun allerhand besprochen worden, über politische, spieltechnische Fragen usw., also alles was die Spieltruppen angeht. Wichtige Beschlüsse sind gefaßt worden. Weil nun in Chemnitz nicht alle Spieltruppen vertreten waren, so macht es sich notwendig, daß diesen Spieltruppen das mitgeteilt wird. Wir haben deshalb für den 9. und 10. Juli eine Untergaukonferenz des ATBD, Untergau Dresden, nach Freital einberufen. An dieser Konferenz nehmen alle ostsächsischen Spieltruppen teil. Die Rote Sterne Zehmitz, Kolonne links ran Pirna, Rote Funken und Rote Raketen Dresden, aus Meißen, Bautzen, Dorfhain, Freital usw. alle kommen dort hin, um damit Richtlinien für ihre eigene Arbeit zu schaffen. Am Sonnabend, dem 9. Juli soll ein Roter Truppenwettbewerb stattfinden, an dem 6 Truppen teilnehmen. Also knorke Sache. Da gibts allerhand Arbeit und Vorbereitung, wenn die Konferenz klappen soll. Horche mal, Fritz! Kann man da nicht als Gast teilnehmen. Das muß doch ganz interessant werden? Klar kannste das! Bringst ein Mitgliedsbuch als Ausweis mit, Karten zur Abendkundgebung erhältst du bei allen Mitgliedern der Roten Raketen oder Roten Funken und bei der Agitantogruppe Lea.

Soo, nu weeste alles. In den nächsten Tagen steht noch mehr in der Arbeiterstimme. Also Hans, ich muß jetzt abhaun, sonst komm ich zu spät zur Sitzung. Fritz, ich komme bestimmt, am Sonnabend und bringe noch ein paar mit. Rot Front, Fritz! Rot Front, Hans!

Selbstmord in der Gefangenanstalt

In der Gefangenanstalt I, George-Bahr-Straße, wurde ein Gefangener, der vor kurzem zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden war, erhängt aufgefunden.

Verkehrshindernis

Auf der Pirnaer Landstraße, zwischen dem Abzweig Reick und dem Friedhof Leuben, erlitt am Mittwoch gegen 7.45 Uhr ein Mühlenlastkraftwagen einen Achsenbruch. Das Fahrzeug kam auf die Schienen der Straßenbahn zu liegen. Die Feuerwehr mußte das Verkehrshindernis beseitigen. Der Straßenbahnverkehr war etwa 50 Minuten lang gesperrt.

Schuppenbrand durch einen weggeworfenen Zigarettenrest

Am Mittwoch gegen 22.50 Uhr geriet das Dach eines Schuppens am Schützenplatz in Brand. Das Feuer wurde mit kleinem Löschgerät gelöscht. Hervorgerufen wurde das Feuer anscheinend durch Wegwerfen eines Zigarren- oder Zigarettenstummels.

Durch seine eigene elektrische Wohnungsleitung getötet

Als gestern in der 19. Stunde ein etwa 27jähriger Installateur in seiner auf der Eisener Str. 13 gelegenen Wohnung Reparaturen an seiner elektrischen Leitung vornahm, kam er dicht unter Strom stehenden Leitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet. Dieser Vorfall zeigt die äußerst große Gefahr, die jedem droht, der in solch fahrlässiger Weise mit elektrischen Anlagen verfährt.

Ein fünfjähriger Knabe gerettet

Durch eigenes Verschulden fiel am Dienstagnachmittag in der 17. Stunde ein fünfjähriger Knabe in der Nähe des Waldschlößchen von einem zu einer verankerten Zille führenden Laufsteg beim Spielen in die Fluten der Elbe. Durch schnelles, entschlossenes Handeln gelang es einem Schiffer, das Kind zu retten und wohl ans Land zu bringen.

Eine Frau läuft ins Motorrad

Gestern gegen 19.30 Uhr lief an der Ecke Goltzscher und Moltkestraße eine Fußgängerin in ein Motorrad. Dadurch wurde die auf dem Soziussitz mitfahrende 31jährige Ehefrau des Motorradfahrers vom Sozius geschleudert und an Armen und Beinen erheblich verletzt. In der Nähe der Unfallstelle wohnende Arbeitersamariter leisteten die erste Hilfe. Sodann wurde die Ueberführung ins Krankenhaus Friedrichstadt angeordnet.

23 Eisenbahner gemaßregelt

Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer organisieren Hinauswurf der oppositionellen Arbeiter und roten Betriebsräte
Eisenbahner, gebt am 31. Juli die Quittung: Wählt Liste 3!

(Arbeiterkorrespondenz)

Vor kurzem haben wir der Arbeiterschaft gezeigt, wie die Reichsbahn mit den Arbeitern umspringt. Unter aktiver Beihilfe der reformistischen Gewerkschaftsbonzen fliegen Arbeiter, die sich gegen die Willkürmaßnahmen einzelner Dienststellenleiter zur Wehr setzen, brutal auf die Straße.

Schon mehrfach haben wir von der Bahnmeisterei Dresden nach Zittau versetzten Arbeiter auf **das schändliche Verhalten des EdE-Bonzen Clauß, Zittau,** hingewiesen, der durch sein Verhalten die Dienststellenleitung in ihren reaktionären Maßnahmen bestärkt. **Wir Dresdner Kollegen lehnten es nach wie vor ab, Montags um 4 Uhr die Arbeit aufzunehmen, da wir Entgegenkommen genug gezeigt haben und nicht auf Sonntagsruhe verzichten wollen.** Dies betonten wir auch in einem sowohl an die Reichsbahndirektion, als auch an den Bezirksbetriebsrat gerichteten Schreiben. Von beiden erhielten wir **keine Antwort.** Im Gegenteil, hinter unserem Rücken wurde alles getan, um uns auf die Straße zu werfen. So ließ der **Oberbauinspektor** Mitzger durchblicken, daß eventuell Entlassungen in dieser Angelegenheit vorgenommen würden, wenn die auswärtigen Arbeiter nicht auch Montags um 4 Uhr zur Stelle waren.

21 Dresdner Kollegen kamen am Montag, wie immer, um 10 Uhr zur Arbeit. Man ließ sie anfangen und am Dienstag wurde für alle 23 die fristlose Entlassung ausgesprochen. Trotz sofortigen schriftlichen **Einspruchs beim Zittauer Betriebsrat** wurde derselbe mit folgendem Schreiben **abgelehnt:**

„Zittau, den 29. 6. 32.

In der Betriebsratssitzung am 29. 6. 32 betreffs der Entlassung der 23 Kollegen ist der Einspruch nach eingehender Prüfung abgelehnt worden. Da die angeführten Gründe nicht ausreichend sind, um eine erfolgreiche Klage beim Arbeitsgericht zu gewährleisten. Da eine unbillige Härte durch das einmalige Frühheranfangen, welches mit dem Betriebsamt vereinbart wurde, unseres Erachtens nicht in Frage kommt, dafür weiteren Verhandlungen der Weg offensteht und Ihr somit durch Fernbleiben von der Arbeit zur festgesetzten Zeit Eure Entlassung selbst verschuldet habt, wodurch uns die Möglichkeit einer Klage vor dem Arbeitsgericht genommen ist. Laut § 28c.

Paul Junge, 1. Vors.; Willi Eckardt, 2. Vors.;
Martin Müller; Alfred Flattig; A. Riedel."

Dieses Schreiben zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der EdE-Angestellte Clauß jedes einzelne Betriebsratsmitglied persönlich bearbeitet hat, um die Kollegen auf die Straße fliegen zu lassen. Damit ist erneut festgestellt, **daß die EdE-Bürokratie den Part der Direktion spielt.** Ein Schreiben der Kollegen an den Betriebsrat wegen des Einspruchs lehnten die Zittauer Betriebsräte ebenfalls ab, entgegenzunehmen.

In einer Zeit, wo die Arbeiterschaft zur Herstellung der roten Einheitsfront gegen den Faschismus drängt, wird **von den SPD-Führern der Hinauswurf der oppositionellen Arbeiter und der roten Betriebsräte aus den Reichsbahnbetrieben** organisiert. Mit Zustimmung der Bürokratie ergebener SPD-Betriebsräte sind in den letzten Tagen zahlreiche **rote Eisenbahnbetriebsräte entlassen worden.**

Der sozialdemokratische Vorsitzende des **Einheitsverbandes** der Eisenbahner schrieb in Nr. 1 der Verbandszeitschrift wörtlich:

„Es wäre Zeit, die Maulwürfe auszuheben."

Das war das Signal. Seit dieser Zeit führte die Eisenbahnverwaltung mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie und der ergebenen Betriebsräten in den Dienststellen einen wahren Feldzug gegen die revolutionären Eisenbahner durch. Bei dem in den letzten Wochen durchgeführten Personalabbau haben die sozialdemokratischen Betriebsräte nicht nur **bei den Entlassungen mitgewirkt,** sondern direkt **der Verwaltung die zu entlassenden Kollegen in fertigen Listen vorgeschlagen.** So kam es, daß in manchen Dienststellen ganze kommunistische Zellen und RGO-Gruppen entlassen wurden.

Ganz besonders hatte man bei dieser Aktion es auf die Funktionäre der Kommunistischen Partei und RGO abgesehen. Sogar vor den Betriebsräten hat man nicht haltgemacht, Betriebsratsmitglieder können nur mit Zustimmung des Betriebsrates entlassen werden. Bis vor kurzer Zeit, abgesehen von einigen Fällen, haben selbst sozialdemokratische Betriebsräte auch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus das Verlangen der Unternehmer, die Zustimmung zur Entlassung von Betriebsratsmitgliedern zu erteilen, abgelehnt.

Seit einem Vierteljahr erleben wir bei der Deutschen Reichsbahn einen wahren **Feldzug gegen die roten Betriebsräte.** Nicht nur einzelne Betriebsratsmitglieder werden entlassen, sondern ganze rote Betriebsratsfraktionen. Im RAW Neukuhing (Bayern), Brandenburg-West, Frankfurt (a. M.)-Ried, Darmstadt, Opladen, Oldenburg und einer ganzen Reihe von Dienststellen, entließ man die gesamten roten Betriebsratsfraktionen **mit Zustimmung der reformistischen und christlichen Betriebsratsmehrheiten.** Den Rekord schlug hierbei der sozialdemokratische Betriebsrat im RAW Berlin-Schöneweide. Mit seiner Zustimmung sind bereits 6 rote Betriebsräte entlassen worden. Hier wird offenbar, daß wir es mit einem wohlorganisierten **Schlag der Eisenbahnverwaltung und der Gewerkschaftsbürokratie gegen die revolutionären Eisenbahner** zu tun haben. Daß dieser Feldzug noch nicht abgeschlossen ist, beweisen die vor einigen Tagen vorgekommenen Fälle. Im RAW Schöneweide ist erneut ein rotes Betriebsratsmitglied entlassen worden. Jetzt eben geht uns die Mitteilung zu, daß im RAW Schnedemühl zwei rote Betriebsräte, einer davon sogar mit Zustimmung des Bezirksbetriebsrates, entlassen wurden. Im RAW Berlin wurden 3 rote Betriebsräte mit Zustimmung der reformistischen Betriebsratsmehrheit nach anderen Dienststellen versetzt, was auf der Eisenbahn einer Entlassung gleichkommt.

Eisenbahner, wie lange noch wollt ihr euch gefallen lassen, daß die EdE-Bürokratie Arm in Arm mit der Reichsbahn **alle faschistischen Maßnahmen gegen euch durchführt?** Die Sonntagsruhe, die jedem Arbeiter gesetzlich zusteht, ist durch die Mithilfe Clauß' abgeschafft worden. **Der Einheitsverband fördert durch seine Organe die weitere Faschisierung der Reichsbahn.** Abgesehen davon, daß bisher jede Abbaumaßnahme ohne Widerstand geschluckt wurde, sind die EdE-Bonzen diejenigen, die behilflich sind, die letzten kümmerlichen Rechte der Eisenbahner aufzugeben.

Dieser Fall ist kein Einzelfall. Er liegt in der Linie des **Zusammenarbeitens der Gewerkschaften mit der reaktionären Reichsbahnverwaltung.** Jetzt Schluß gemacht mit dem fortgesetzten Verrat an den Eisenbahnerinteressen. **Gebt den Verrätern die einzig richtige Antwort, hinein in die RGO, die allein eure Interessen vertritt. Gebt eure Stimme am 31. Juli der Partei des revolutionären Klassenkampfes und wählt Liste 3, die euch den Ausweg aus Hunger, Not und Faschismus zeigt!**

Betriebsfunktionäre!

Im Betrieb muß der Kampf gegen Lohnraub und Faschismus organisiert werden. Nur die geschlossene Front wird alle Arbeiterfeinde schlagen. **Heute abend alles ins Keglerheim.**

Genosse Stadtrat **Paul Gruner** spricht über **Betriebe und Antifaschistische Aktion.**

Betriebsfunktionäre, Betriebsräte, Zellenleiter, erscheint vollzählig! Betriebskommission der KPD.

Betriebsfaschismus bei der Firma Hoesch & Co, Pirna

16-Stunden-Schicht, trotz einstimmiger Ablehnung der Belegschaft, von der Direktion diktiert
Reformistischer Betriebsrat stützt die Direktionsmaßnahmen durch Passivität. Hoesch-Proleten, hinein in die Antifaschistische Aktion!

(Arbeiterkorrespondenz 740)

Pirna. Die Zustände, die sich gegenwärtig in der Zellulosefabrik Hoesch & Co. entwickeln, sind für die Arbeiter ein Signal zum Zusammenschluß. Die Arbeiterschaft dieses Betriebes hat nicht länger mehr die Notwendigkeit geeinter Kampfmaßnahmen verkennen, will sie nicht den Schikanen und dem Terror einzelner „Vorgesetzter" unterliegen. Die Direktoren, Meister und Vorarbeiter führen gegenseitig einen **Wettkampf um die Unterjochung der ihnen unterstellten Arbeiter.** Einzelne Beispiele aus dem Betrieb mögen dies beweisen:

Ein altes Uebel des Betriebes war schon immer die 16-Stunden-Schicht. Die Arbeiter nahmen vor kurzem hierzu Stellung und **lehnten einstimmig die 16-Stunden-Schicht ab.** Ohne irgendwelche Rücksprache erscheint daraufhin ein **Anschlag der Firma,** der die Arbeiter zwingt, **weiterhin die 16-Stunden-Schicht durchzuführen.** Der einstimmige Belegschaftsbeschluß wird mit einem Federstrich annulliert und **der Betriebsrat als Belegschaftsvertretung schweigt, ja, beruft nicht einmal die Belegschaft zu einer Betriebsversammlung zusammen.** So, wie es hier war, ist es auch bei einem in der letzten Zeit vorgenommenen Umbau. Bei dieser Arbeit zwingt man die Arbeiter, nicht nur Sonntags zu arbeiten, sondern die Firma geht noch dazu über, den Handwerkern statt Handwerkerlohn nur Arbeiterlohn zu zahlen. Wenn dann einige Arbeiter mal ein paar Worte tauschen, kommt zu allem Ueberfluß noch der **Betriebsleiter Mühlstätt** gerannt und brüllt die Arbeiter an: **„Wer mit einem anderen spricht, wird mit Entlassung bestraft."**

Eine Reihe weiterer Vorgesetzter glaubt, als stramme Hakenkreuzler den Arbeitern im Betrieb einen Vorgeschmack vom „dritten Reich" geben zu dürfen, indem sie die Arbeiter nach der Art des Herrn Mühlstätt schikanieren. Wir werden ihr Tun und Treiben, sollten sie es nicht bald einstellen, bei nächster Gelegenheit anprangern.

Den Hoescharbeitern aber rufen wir zu: Mehr Mut zu euch selbst! Laßt euch nicht länger einschüchtern und vom Betriebsrat ignorieren! Schließt euch im Betriebe zu einem festen Block zusammen und sorgt für die Durchführung eurer eigenen Beschlüsse! Kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen den Betriebsfaschismus!

Die Garde des Kapitals entlarvt sich selbst

Zur Gautagung der Nazi-Streikbruchorganisation. Zuchthaus und Inflationspläne sollen den Geldsack retten. Arbeiter, eure Antwort: Geschlossener Kampf in der Antifaschistischen Aktion!

Am Sonntag fand in Dresden eine Gautagung der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) statt. Im Mittelpunkt derselben standen zwei Referate über Sozialpolitik und Arbeitsbeschaffung, die die ganze skrupellose Demagogie der Nazis entlarvten.

Schumann als Reichsbetriebszellenleiter führte unter anderem aus, daß die Frage der Sozialpolitik gelöst werden müsse, wenn die Volksgemeinschaft nicht scheitern solle. Herr Schumann hat wohl inzwischen vergessen, daß die von den Nazis tolerierte und geduldete Papenregierung gerade das Gegenteil doch machte, was die Nazis den Kriegsopfern, Rentnern und Erwerbslosen in ihren Versammlungen versprochen haben.

Volksgemeinschaft, das heißt Tausende von Mark Pensionen und Abfindungen für die Herren aus der Etappe, aber rücksichtsloser Rentenraub an den Kriegsopfern und Waisen. Die Nazis halten sich bei der letzten Auszahlung nur an den Zahlstellen einfinden brauchen, um zu hören, wie die Kriegs- und Arbeitsopfer über die von ihnen gepredigte Volksgemeinschaft denken. Aber in Versammlungen das Maul aufreißen und in der Praxis das Gegenteil tun, das ist die wahre Rolle der Nazis.

Ueber Arbeitsbeschaffung sprach ein Pg. Oßwurzet, der nach dem Bericht des „Freiheitskampf" etwa folgendes ausführte: Das Problem der Arbeitsbeschaffung müsse im ganzen von den Nazis gelöst werden und die Kaufkraft des einzelnen gesteigert werden. Kaufkraft habe aber mit Währung nichts zu tun. Während im Ausland ein niedriger Zinssatz verlangt würde, sei derselbe in Deutschland auf Grund des Youngplanes höher. Zum Schluß betonte er die Forderung: Sozialisierung der Banken.

Goebbels hat schon recht, **die Nazis befinden sich in einem Kessel.** Diesen Kessel haben sie sich mit ihrem „nationalen Sozialismus" selbst geschaffen.

Wer kennt nicht die Zuchthauspläne der NSDAP? Deutscher Arbeitsdienst heißt ihre Arbeitsbeschaffung, für die 40 000 abgetakelte Offiziere und Unteroffiziere eingestellt werden sollen, um „Zucht und Ordnung" zu halten. Ihre These von Währung und Kaufkraft bezweckt nur, daß nach wie vor mit der Inflation geäugelt wird, um den Gönnern aus dem Lager der Schwerindustrie neue Millionen auf Kosten der arbeitenden Massen verdienen zu lassen. Warum das Gewinsel über den Youngplan? Die Nazis, die mit der Parole: Zerschlagung des Tributpaktes in den letzten Reichstagswahlkampf zogen, haben **Angst vor ihrer eigenen Courage bekommen, als die Kommunisten den Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen stellten,** und kniffen feige bei der Abstimmung. **Damit stellten sie sich in die Reihe der Youngknechte.** Daß die Sozialisierung der Banken nur ein Mittel für den Dummenfang ist, wissen am besten die Bankiers, von denen eine ganze Reihe zu den Geldgebern der Nazis gehört.

Die NSBO hat schon zu oft bewiesen, daß sie weiter nichts ist, **als eine von den Unternehmern ausgehaltene Streikbrechergarde,** die bei jeder passenden Gelegenheit der kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fällt. Wie die Volksgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer aussieht, darüber konnten wir einige Beispiele aus der Sturm-Zigarettenfabrik bringen.

Wenn die SA im Monat rund 15 Millionen kostet und eine Landesgeschäftsstelle der NSDAP an den Großindustriellen Bosch schrieb: „Wir müssen uns an Handel und Industrie mit der Bitte um Unterstützung wenden", so sind die Geldquellen der Nazis blockiert und jeder Arbeiter erkennt, daß er in den Reihen der Antifaschistischen Aktion gegen Lohnraub und Faschismus zu kämpfen hat.

284 Stillegungen in Sachsen

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes sind im Juni beim sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 284 Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstillegungen und Einschränkungen erfolgt gegenüber 323 im Mai und 263 im Juni 31.

Die Zahl der Anzeigen erhöhte sich besonders in der Ziegel- und Glasindustrie, in der Papier- und Schuhindustrie.

Von den 358 Anzeigen im März 1932 wurden in 95 Fällen die beabsichtigten Entlassungen nicht durchgeführt und in 32 Fällen die Stillegung verzögert. Nach Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist wurden **10 764 Arbeiter und 338 Angestellte entlassen.**

Der Zerfallsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft hält an. Das System der Ausbeutung kann sich nur am Ruder halten, solange die Arbeiterschaft Not und Elend, Hunger und Massenerwerbslosigkeit widerstandslos erduldet. Kampf der gesamten Arbeiterschaft in geschlossener Front wird ein sozialistisches Deutschland errichten und die Ausbeuter zum Teufel jagen. **Erst dann wird es Arbeit, Brot und Freiheit geben.**

Ernst Thälmann ruft
die sozialdemokratischen Arbeiter:

„Wir rufen die sozialdemokratischen Arbeiter auf, Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Wir machen ihnen diesen Einheitsfrontvorschlag in ehrlicher und brüderlicher Absicht. Wir reichen ihnen aufrichtig und kameradschaftlich unsere Hand. Wir stehen ihnen zur Seite in ihren täglichen Nöten und Kämpfen. Wir vergessen niemals einen Augenblick, daß sie unsere Klassenbrüder sind, die genau so leiden und ausgebeutet sind wie alle Arbeiter in Deutschland. Deswegen schmieden wir mit ihnen gemeinsam die rote Einheit.

Wir fordern nicht von ihnen, daß sie sich von heute auf morgen in Kommunisten verwandeln, unser Programm, unser Endziel anerkennen, und das sozialdemokratische Mitgliedsbuch mit unserem vertauschen sollen. Wir fordern nur eins von ihnen: daß sie mit uns gegen den Klassenfeind kämpfen!)

Aus der Rede des Genossen Thälmann: „Schmiedet die rote Einheitsfront!"

Sozialdemokratische Arbeiter, folgt dem Rufe Ernst Thälmanns! Besucht alle die

Antifaschistische Kundgebung am 19. Juli Radrennbahn Reick

RUND UM DEN ERDBALL

Ostpreußisches „Idyll"

Militärischer Drill

Ein Genosse stellt uns einen Brief zur Verfügung, den er von einem Freund in Ostpreußen erhalten hat. Dieser Brief zeigt, daß es in Ostpreußen vorwärts geht, daß die Massen dort die Nazis richtig einzuschätzen beginnen. Wir geben hier den Brief wörtlich wieder.

Grunau, den 3. Juli 1932.

Lieber Franz!

Endlich bin ich dazu gekommen, Dir zu schreiben, es ist ja auch schon Zeit. Euch wird es es jetzt wohl auch miserabel gehen wie allen Arbeitslosen, hoffentlich kommt es bald anders. Denn, wenn die Nazis jetzt nichts machen, was ja so gut wie sicher ist, dann wird es in nicht allzu langer Zeit nichts anderes als eine Kommunistische Partei in einem Sowjetdeutschland geben und auf den Zeitpunkt wollen wir alle hoffen. Dann wird der Freiheit Morgenrot auch für den Arbeiterstand anbrechen. Ich habe hier auch schon ein paar Freunde, die für unsere Sache Interesse haben.

Heute vor 14 Tagen da haben die Nationalen, aber hauptsächlich die Nazis, hier im Gutspark eine Uebung im großen Stil veranstaltet. Ein „Heimatschutz"-Verband wurde gegründet und etwa 200 Mann aus Grunau und Umgegend nahmen an dem Kursus teil. Es waren drei Reichswehrunteroffiziere erschienen, es wurden regelrechte Gruppen gebildet mit dem Stahlhelm- und Nazioberten als Führer an der Spitze und dann ging das Zwiebeln los. Ich ging natürlich auch in den Park und sah dem Treiben zu.

„Ich werde euch die Flötentöne schon beibringen"

Ein so kleiner Steppke, der machte schlapp und kam nicht so schnell mit, aber da kam er schon an. Während die anderen eine kleine Pause machten, da mußte er noch eine Portion heruntertreßen, immer linksum, rechtsum, auf, nieder, Laufschritt marsch marsch und so weiter in der Pullenhitze, die da gerade herrschte. Manche murrten, aber es nutzte ihnen nichts. „Ihr wollt es ja so haben, Lotterei gibt es ja hier nicht, es wird noch weit anders kommen", sagte der kommandierende Leutnant. „Ich werde euch die Flötentöne schon beibringen." Sie wurden darauf alle aufgeschrieben und bekamen Pause ausgestellt. Viele wollten sich noch zurückziehen, als sie sahen, wie es dort zuging, aber sie ließen sie nicht mehr weg. Mit dem Gesindel müßte doch ganz energisch aufgeräumt werden.

Kommunistische Lieder

Der dem Turnerbund angehörende Turnverein „Friesen" in Grunau hielt auf dem Gelände nach der Grenze zu am 21. Juni eine Sonnenwendfeier ab. Die Mitglieder des Vereins sind fast alle diejenigen, die der NSDAP-Ortsgruppe angehören. Ich bin im Sportverein „Adler" und diese beiden Vereine, Turn- und Sportverein, liegen schon jahrelang im Streite. Wir Mitglieder des Sportvereins, wenigstens alle, die so in meinem Alter sind, gingen neben dem ausmarschierenden Turnverein und sangen alle uns bekannten Kommunistenlieder, was die Nazis in furchtbare Wut brachte, besonders weil sie die Marschordnung nicht stören konnten, um sich mit uns in ein Gefecht einzulassen. Denn zu Zusammenstößen, wenn auch unblutigen, ist es hier schon x-mal gekommen.

Während der Rede, die der Vorsitzende des Turnvereins hielt, machten wir diese durch Lärmen, Lachen und Händeklatschen fast unverständlich. Denn was er da predigte, war ja der reine Hohn. Seine ganzen Angriffe richteten sich gegen die KPD., das war deutlich herauszuhören. „Wir wollen uns durch dieses Feuer reinigen von der Gefahr, die als ‚rote Seuche' am Herzen unseres Volkes nagt. Wir wollen uns wappnen gegen die Feinde von innen und außen." In dieser Weise ungefähr redete der Hetzer stundenlang. Als er geendet hatte, beklagte er sich bei dem Nazi-Gemeindevorsteher über die Störenfriede und sie kamen dann beide zu uns. „Diese waren es hier." „Na, ich habe es nur nicht gehört, sonst hätte ich die Jungens schon zur Ruhe gebracht", sagte der Gemeindevorsteher. In Wirklichkeit hatte er fünf Meter abgestanden und alles mit angehört, ohne etwas zu sagen. Na, ein großes Maul haben die Nazis ja alle. Weiter wäre wohl nichts zu berichten.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen"

Pastor Cremer, der Hauptheld des Devahelm-Skandals.
(Aus der „AIZ")

Fürsorgerat als Kinderschänder

Ein frommer Mann

Wien, 6. Juli. Hier wurde heute der christlichsoziale Fürsorgerat Heinrich Siegmund wegen Kinderschändung verhaftet. Der Verhaftete, ein 53jähriger Mann und Vater dreier Kinder, ist als Hausbesorger in der Gastwirtschaft Klosterhof, die dem Klosterneuburger Stifte gehört, tätig gewesen und bekleidete auch das Ehrenamt eines Fürsorgerates.

Siegmund lockte seit geraumer Zeit zwei elfjährige Mädchen durch kleine Geldbeträge, Naschwerk usw. an sich und verging sich in seiner Wohnung an den kleinen Mädchen, denen er in der ersten Zeit illustrierte Bücher, die sich mit Geburtsakten und dergleichen beschäftigten, zeigte.

Später kamen die beiden Mädchen schon von selbst in die Wohnung Siegmunds, der mit den Kindern vereinbart hatte, daß sie nur kommen dürften, wenn sie im Fenster eine Schachtel sehen. Dies war das Zeichen, daß die Frau Siegmunds außer Haus war.

Bei einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Siegmunds wurden auch mehrere großkalibrige Revolver gefunden.

Siegmund ist ein Vertrauensmann der christlichsozialen Partei in Nußdorf, der auch jeden Sonntag in der Kirche zu sehen war.

Die Besteigung des „Nanga Parbat"

Die deutsch-amerikanische Himalaja-Expedition, die Ende April unter Leitung des Alpinisten Willy Merkl und des Amerikaners Rand Herron von München aufgebrochen ist, befindet sich auf dem Marsch zum Gipfel des 8116 Meter hohen „Nanga Parbat".

Nach kurzem Aufenthalt in Bombay fuhr die Expedition zunächst mit der Bahn nach Jammu und dann in Kraftwagen durch das Reich des Maharadscha von Kaschmir nach Bandiputa. In Bandiputa wurden die Lasten auf Tragtiere verladen. Unter unsäglichen Schwierigkeiten — die Pferde sanken häufig so tief in den Schnee ein, daß sie ausgegraben werden mußten — erreichte die Expedition nach vierzehntägigem Marsch Doyan.

Ein medizinischer Rekord

ist dieser Tage von dem Chefarzt des Krankenhauses in Linz an der Donau aufgestellt worden: er führte seine 5000. erfolgreiche Kropfoperation aus, bei der ihn der Photograph aufgenommen hat.

Hunderttausende kommen

zu den Demonstrationen und Kundgebungen der Antifaschistischen Aktion.

Hunderttausende sind bereit,

sie auch durch Sammlungen zu unterstützen. Heraus mit den Sammelmarken und Sammellisten für

die Antifaschistische Aktion

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Die Kinderprostitution und ihre Ursachen

Von Dr. W. Swienty

Die Prostitution, steigend in Zeiten wirtschaftlicher Not, hat gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht wie bisher nie zuvor. Die Zahl der haupt- oder nebenberuflich, die Zahl der nur gelegentlich sich prostituierenden Frauen kann auch nicht annähernd geschätzt werden. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Notlage treiben immer mehr Frauen dazu, sich durch Prostitution wenigstens einen Teil ihres Lebensunterhaltes zu verdienen. Gerade in den Fällen wird das um so eher verständlich sein, in denen alleinstehende Frauen und Mädchen mit einer winzigen Unterstützung ihren Lebensunterhalt auf „anständige Art und Weise" fristen sollen.

Die zufälligen Feststellungen, die anläßlich schulärztlicher Untersuchungen über das Auftreten der Kinderprostitution in Berlin gemacht wurden, haben schon immer die Vermutung aufkommen lassen, daß sich die Prostitution gerade unter den Kindern der Großstadt immer mehr verbreitet. Ein grelles Schlaglicht werfen auf die sozialen und kulturellen Verhältnisse der Proletarierjugend aber die Aufdeckung von Kindergesellschaften für Prostitutionszwecke, wie sie erst vor kurzem wieder im Friedrichs- und Humboldthain gefunden wurden. Dort haben sich Kinder zwischen 7 und 12 Jahren für ein Glas warmer Milch, eine Tüte Bonbons, eine Eiswaffel an Männer „verkauft". Jedes dieser Kinder dünkte sich besonders reich, wenn es einmal 20 Pfennig in bar auf diese Art verdiente.

Wie bei den Gerichtsverhandlungen in einem Prozeß, der vor wenigen Jahren anläßlich eines ganz ähnlichen Falles im Berliner Friedrichshain gegen mehrere Männer angestrengt wurde, eindeutig hervorging, waren die Kinder durchaus nicht die Verführten, sondern drängten sich vorbeigehenden Männern geradezu auf. Wer einmal in ihre Klauen geriet, den ließen sie so leicht nicht mehr los. Drohungen, groß angelegte Erpressungsversuche, anonyme Briefe ließen den Männern keine ruhige Minute.

Die ärztlichen Untersuchungen, die hinsichtlich des körperlichen und geistigen Zustandes bei diesen Kindern veranstaltet wurden, haben bisher noch jedesmal eindeutig das Ergebnis gezeitigt, daß hier auf den verschiedensten Gebieten eine mehr oder weniger große Minderwertigkeit vorliegt. So berichtet Flexner, der als einer der Ersten eine große Uebersicht über den Stand der Prostitution in Europa veröffentlichte, daß im allgemeinen bei wegen Prostitution verhafteten Mädchen im Alter von 12 bis 21 Jahren in mehr als zwei Dritteln der Fälle Schwachsinnigkeit oder andere geistige und seelische Defekte festgestellt werden. Auch Untersuchungen amerikanischer Aerzte haben das gleiche Ergebnis gezeitigt. Der Berliner Kliniker, Geheimrat Bonnhoeffer, fand, daß 70 Prozent der Prostituierten an Schwachsinn, Hysterie oder Epilepsie litten, und daß mehr als die Hälfte aus Familien stammten, in denen Vater oder Mutter (oder beide) dem Trunk ergeben waren.

Trotzdem ist es nun nicht etwa so, daß die kindlichen und jugendlichen Prostituierten nun samt und sonders als geistig defekt zu bezeichnen sind. Häufig genug wirken lediglich das Vorbild der Erwachsenen, die mit den Kindern in einer viel zu kleinen, viel zu engen Wohnung zusammengepfercht sind, wirkt das völlige Sichfallenlassen, der Wunsch, auch einmal ein paar Reichsmark zu haben, wie sie die Grete von nebenan so oft besitzt, als auslösende Ursachen. In solchen Fällen bedarf es dann meist nur noch eines kleinen Anstoßes von seiten einer Kameradin oder dem Zureden eines Mannes, um das Kind gefügig zu machen. Solche gelegentlichen Zwischenfälle sind im Leben des Proletarierkindes sehr viel häufiger, als die Erwachsenen im allgemeinen zu denken pflegen. Das sich daraus aber eine offensichtliche Prostitution mit all dem widerlichen Drum und Dran, wie es bei der Prostitution der Erwachsenen bekannt ist, herausbildet, das sind Einzelfälle, die aber um so greller die seelische und körperliche Not der Schuljugend beleuchten.

Durch eine zweckmäßige, kollektive Erziehung ohne sentimentale Phrasen und ohne fühlbaren Zwang, vor allem aber durch die materielle Sicherstellung der Eltern und der Kinder könnte die „Entsittlichung" der Jugend, von der die bürgerlichen Moralphilosophen so gerne und so viel reden, ohne Schwierigkeit behoben werden. Was aber geschieht statt dessen? Das „gefallene" Mädchen kommt, auch wenn es erst sieben Jahre alt ist und in keiner Beziehung sich klar ist über die Tragweite seiner Handlungen, ohne Nachprüfung der häuslichen Verhältnisse, ohne daß zum Verständnis der katastrophalen wirtschaftlichen Lage auch nur der gute Wille gezeigt wird (von einer Abänderung ganz zu schweigen), in Fürsorgeerziehung. Und was dann aus den Kindern schließlich wird, das haben ja die Prozesse gegen die verschiedenen Prügelpädagogen in diesen „Erziehungsanstalten", wie sie sich gerade in der letzten Zeit vor den Augen der empörten Oeffentlichkeit abgespielt haben, zur Genüge erwiesen!

Statt Zarenhymne, die „Internationale"

Das einst berühmte Glockenspiel der Peter-Paulo-Festung in Leningrad ist jetzt wieder hergestellt worden. Es spielt aber nicht mehr die Zarenhymne, sondern die Internationale. Einstweilen klingt sie nur am Mittag und um Mitternacht über die Stadt, später soll sie sechsmal täglich zu hören sein.

Die amerikanischen Ozeanflieger über Irland eingetroffen

TU. **London**, 6. Juli. Die amerikanischen Flieger Griffin und Mattern, die gestern um 23.28 Uhr (MEZ) von Harbour Grace auf Neufundland aus zu einem Weltrundflug gestartet waren, haben bereits den Ozean überquert. Sie überflogen heute morgen um 10.10 Uhr (MEZ) die Stadt Rosapenna in der Grafschaft Donegal an der Nordküste Irlands.

Verantwortlich: Alfred Hexdrich, Berlin

Gegen Faschismus, Hunger und Krieg

Massenmobilisierung für die Antifaschistische Aktion!

„So ist die Antifaschistische Aktion das nächste Kettenglied unserer revolutionären Politik, die Form, in der wir die Einheitsfronttaktik von unten auf der Basis der Betriebe, der Stempelstellen, der Arbeiterviertel in breitester Weise anwenden. Aber es genügt nicht, dieses Kettenglied zu erkennen, sondern wir müssen auch in unserer revolutionären Praxis alle die Methoden entwickeln, die zur Verwirklichung dieser Politik notwendig sind.

Wir müssen im Rahmen der Antifaschistischen Aktion die innergewerkschaftliche Arbeit zur Schaffung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen Gewerkschaften mit größter Energie in Angriff nehmen.

Wir müssen die Arbeit der RGO als eines der wichtigsten Transmissionsriemen der revolutionären Bewegung zu den Massen, der uns die Loslösung der Arbeitermassen von den Einflüssen des Klassenfeindes und seiner Agenten erleichtert, mit dem Kurs auf die Betriebe verbessern.

Wir müssen in den Massen das Verständnis für die Bedeutung wecken, die den Teilkämpfen im Rahmen der Entfaltung des Klassenkampfes bis zum politischen Massenstreik zukommt.

Wir müssen die Antifaschistische Aktion dazu ausnutzen, das Bündnis zwischen Stadt und Land im Zeichen der proletarischen Hegemonie zu festigen, was gerade im Kampf gegen die faschistische Konterrevolution von größter Bedeutung ist."

So stellt Genosse Thälmann in Nr. 6 der „Internationale" (Zeitschrift der KPD) die Aufgaben für die Antifaschistische Front.

Das Wüten der sozialfaschistischen Bürokratie beweist am besten, mit welchem Erfolg wir bereits begonnen haben, die Arbeiten durchzuführen. In einer Mitgliederversammlung der SPD in Hersdorf bei Hainichen konnte ein Vertreter der KPD nach dem Referenten das Wort ergreifen und unter Zustimmung der Versammlung unser Programm entwickeln. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der SPD in Zwickau stimmte mit Dreiviertel-Mehrheit für einen Antrag, gemeinsam mit den Kommunisten zu demonstrieren. In St. Egidien nahm eine Parteiversammlung der SPD zur Antifaschistischen Aktion Stellung und entsandte einen Vertreter in den Einheitsausschuß. Die Vorgänge in Leipzig und in Chemnitz, wo SPD- und kommunistische Arbeiter gemeinsam Nazi-Aktionen abwehren, oder die Tatsache, daß sozialdemokratische Arbeiter von Limbach gemeinsam mit Kommunisten zur Beerdigungsdemonstration nach Chemnitz fahren, bringen zum Ausdruck, daß die proletarische Einheitsfront marschiert. Andererseits aber sehen wir, daß die Bürokratie alles tut, um die werdende proletarische Einheitsfront unmöglich zu machen.

Von der Einheitsfrontagitation zur Aktion

Die Parteiorganisation und mit ihr die gesamte Arbeiterschaft müssen erkennen, daß die proletarische Einheitsfront um so festere Formen annimmt, je mehr es uns gelingt, Kämpfe auszulösen. So lange wir zulassen, daß die Einheitsfront lediglich in Form von Verhandlungen mit den Spitzen ausgetragen wird, so lange wird von der Einheitsfront geredet. Wir müssen den linken Schwadroneuren, vor allen Dingen den SAP- und KPO-Leuten Gelegenheit geben, in der Praxis zu beweisen, daß sie zu ihren Worten stehen. Das wird aber nur möglich sein, wenn wir aus der Einheitsfrontagitation, in der wir uns zur Zeit noch befinden, herauskommen zur wirklichen Einheitsfront-Aktion.

In vielen Teilen des Bezirks haben bereits gewerkschaftliche Organisationen, wie der Ortsausschuß des ADGB in Geyer und Bernstadt, der Zimmerer-Verband in Thalheim, Burkersdorf, in St. Egidien, der Bekleidungsarbeiterverband in Plauen, die Stukkateure in Leipzig usw. zur Antifaschistischen Aktion Stellung genommen und sich aktiv eingereiht. In vielen Betrieben des Bezirks wurden die verschiedensten Maßnahmen, angefangen vom Proteststreik in den Chemnitzer Betrieben bis zur Annahme von Entschließungen und Schaffungen von Komitees, durchgeführt. Das ist bei weitem noch nicht genug. Es gibt in Sachsen allein an die 70 Ortsverwaltungen der freien Gewerkschaften, die unter revolutionärer Führung stehen. Darüber hinaus sind die revolutionären Minderheiten außerordentlich groß.

Die Tatsache, daß bei Abschluß des Schandspruches gegen die Leipziger Metallarbeiter sich 25 Prozent der Funktionärversammlung gegen den Schiedsspruch erklärte, beweist, daß ein großer Stimmungsumschwung vorhanden ist. Wäre unsere Organisation auf dem Posten gewesen, hätte die Gesamtpartei erkannt, daß wir uns nicht auf die Spontanität verlassen dürfen, dann wäre es der Gewerkschaftsbürokratie nicht möglich gewesen, die oppositionelle Stimmung in eine Zustimmung für den Schandspruch umzuwandeln. Antifaschistische Aktion heißt nicht nur, den Kampf gegen den Terror der Nationalsozialisten organisieren, sondern heißt auch in erster Linie die Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft organisieren. **Wir müssen eine Einheitsfront im Kampf für die Verteidigung der Interessen der Arbeiterschaft schaffen.** Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen die Einführung der Beschäftigungssteuer, der Salz- und Speisesteuer, gegen die Verschlechterung der Lage der vier Millionen Invaliden, das sind die Anknüpfungspunkte, die wir aufgreifen müssen.

Die Einheitsfront-Konferenzen in Dresden, Chemnitz und Leipzig haben bereits zum Ausdruck gebracht, daß wir im Bezirksmaßstab vorwärts marschieren. Aufbauend auf das, was wir bereits besitzen, müssen wir in den nächsten Tagen und Wochen alle Kräfte anstrengen, um zu einer Massenbewegung zu kommen, die alle Teile der werktätigen Bevölkerung umfaßt. In den Betrieben, an den Stempelstellen, überall, wo Proletarier zusammenkommen, müssen wir die Frage stellen, müssen wir an Hand der konkreten Ereignisse nachweisen, warum die proletarische Einheitsfront erforderlich ist. **Im Rahmen der Antifaschistischen Aktion haben wir in der kommenden Woche ganz besondere Aufgaben zu erfüllen. Ausgehend von der antifaschistischen Konferenz, die am kommenden Sonntag in Berlin stattfindet, steht die kommende Woche in erhöhtem Maße im Zeichen der breitesten Massenmobilisierung.**

4. Haus- und Hofagitation am 16. und 17. Juli

Der Sonnabend soll ausgenutzt werden, um zu denen zu kommen, die nicht in unseren Veranstaltungen erscheinen. An diesem Tag wollen wir eindringen in die letzte Arbeiterwohnung, wollen wir werben und agitieren für die Antifaschistische Aktion.

Die Partei darf sich bei der ganzen Antifaschistischen Aktion und Wahlarbeit keinesfalls auf die eigenen Kräfte beschränken. Durch Appell an die Initiative der Massen, mit neuen Methoden zur Heranziehung parteiloser, sympathisierender und in den Massenorganisationen organisierter Arbeiter muß die Antifaschistische Aktion zu einer wirklichen Klassenaktion der Arbeiterklasse werden, in deren Strom Gewerkschaftsmitglieder, Reichsbannerarbeiter, Sozialdemokraten mit einbezogen werden.

Am 16. Juli muß die Antifaschistische Aktion in allen Arbeitervierteln die Straßen, Häuser, Höfe, Arbeiterlokale, die ganze proletarische Oeffentlichkeit beherrschen. Für die Werber, Sammler, Literaturverkäufer, Flugblattverbreiter und mündlichen Agitatoren, Sprechchöre usw. muß ein genügender Schutz organisiert werden.

5. Roter Landsonntag am 17. Juli

Die Erfahrungen von Mecklenburg und Hessen zwingen die Partei, der Arbeit unter den Landarbeitern und Kleinbauern größtes Augenmerk zu schenken und zu verhindern, daß der Naziterror besonders auf dem Lande der Antifaschistischen Aktion Schwierigkeiten bereitet, die kommunistischen Wahlversammlungen sprengt, die Materialverbreiter und Agitatoren terrorisiert usw. Jede Leitung muß im Rahmen der allgemeinen Landarbeit genügend Kräfte aus den Betrieben und Stempelstellen sowie Massenorganisationen mobil machen, um in bestimmten Nachbardörfern den SA-Terror zu brechen und die Losungen der Antifaschistischen Aktion erfolgreich zu popularisieren. Hier müssen rechtzeitig die notwendigen Agitationsmaterialien (Zustände auf den Gütern, Löhne, Wohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter, Wirkungen der Krise, der letzten Papen-Notverordnungen, Vorgehen der Finanzbehörden und Polizeibehörden gegen Kleinbauern, Stellung von Nazis, Deutschnationalen und Zentrum zu den Lebensfragen der armen Dorfbevölkerung usw.) vorbereitet werden, um unserer Dorfagitation einen konkreten Inhalt zu geben und die Fragen des antifaschistischen, antikapitalistischen Kampfes nicht nur propagandistisch und agitatorisch, sondern aktionsmäßig auf den Dörfern aufzurollen.

6. Aufmarsch der roten Sportler am 16. und 17. Juli in Chemnitz

Das Landestreffen der roten Arbeitersportler in Chemnitz steht gleichzeitig im Dienst der Antifaschistischen Aktion und jeder Sportler, der zum Treffen fährt, wirbt gleichzeitig für die antifaschistische Front.

Alle Kräfte angespannt!

Die riesigen Aufgaben, die vor der antifaschistischen Front stehen, werden wir nur dann bewältigen, wenn es uns gelingt, über den Rahmen der organisierten Arbeiterschaft hinaus Tausende und aber Tausende Proletarier für unsere Arbeit zu gewinnen, wenn es uns gelingt, in dem roten Massenselbstschutz, in den Aktionsausschüssen und in den Gruppen für die Werbearbeit neue Kräfte einzuspannen.

Jede Organisationsleitung muß sich ein festes Arbeitsprogramm schaffen.

Für jeden Tag, für jede Stunde müssen die Aufgaben genau festgelegt werden.

Morgens früh müssen wir in Massen vor den Betrieben erscheinen, um die Agitation der Nationalsozialisten unmöglich zu machen, um unter der Arbeiterschaft zu agitieren und zu werben für unsere Front.

Anschließend daran müssen andere Gruppen die Stempelstellen bearbeiten, an allen verkehrsreichen Punkten, Litfaßsäulen, Parks, Bäder usw. sind Diskussionsgruppen zu organisieren. Bei Betriebsschluß müssen wir schon wieder vor den Betrieben stehen.

Kurzum, jede Agitationsmöglichkeit muß weitgehendst von uns ausgenutzt werden.

In den nächsten Tagen gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, damit unsere Antifaschistische Kampfwoche mit dem größten Erfolg im Bezirksmaßstabe durchgeführt wird. Unsere Losung muß sein: In jedem Betrieb, an jeder Stempelstelle, in jedem Wohnblock, in jeder Massenorganisation, überall, wo Proletarier zusammenkommen, ein Massenbekenntnis für die Antifaschistische Aktion.

Antifaschistische Kampfwoche 10.—17. Juli

In allen Organisationseinheiten der Partei, der Massenorganisationen sowie in allen antifaschistischen Einheitskomitees muß sofort zu dieser Woche Stellung genommen werden und sind die Pläne für diese Woche zu schaffen.

Massenaufmarsch in Stadt und Land, Versammlungen in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in jeder Arbeiterorganisation, in jedem Wohnblock, in jedem Dorf. Hinein in jede Arbeiterwohnung mit den Agitationsmaterialien der Antifaschistischen Aktion. Das sind die Hauptaufgaben in der Woche vom 10. bis 17. Juli!

1. Der Auftakt am Sonntag, dem 10. Juli

a) Am Sonntag, dem 10. Juli, tagt in Berlin die Konferenz der Antifaschistischen Aktion, jeder größere Betrieb, jede Stempelstelle, jede Arbeiterorganisation nimmt dazu Stellung, entsendet nach Möglichkeit einen Delegierten. Auf dieser Konferenz sollen sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Arbeiter gemeinsam beraten die nächsten Schritte für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront.

b) Im ganzen Bezirk wird an diesem Sonntag eine Werbeaktion durchgeführt. Jeder Proletarier stellt sich in den Dienst der Antifaschistischen Aktion und beteiligt sich an der Arbeit. Jede Organisationseinheit trägt dafür Sorge, daß die Werbe- und Sammelmaterialien zur Stelle sind, so daß diese Aktion mit dem größten Erfolg durchgeführt werden kann. Weiteres sind Werbelokale festzulegen und öffentlich zu publizieren, so daß die gesamte Arbeiterschaft die Möglichkeit hat, sich an unserer Werbearbeit zu beteiligen.

2. Versammlungen am 11., 12. und 13. Juli

In diesen Tagen soll eine Welle von vielen tausenden Versammlungen organisiert werden.

Die Betriebsversammlungen, Erwerbslosenversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen (in der Zeit von Montag bis Mittwoch) müssen bis ins einzelne festgelegt und organisiert werden. Dazu ist notwendig: Saalfestlegung, Bestellung des Referenten, Heranschaffung des Materials für den Referenten, Mobilmachung der Betriebe, Stempelstellen und Gewerkschaftsmitglieder, Herausgabe von Betriebs- und Stempelstellenzeitungen und Agitationsmaterial für die Gewerkschaftsmitglieder. **Bei aktuellen Anlässen und Vorkommnissen** in den einzelnen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaften muß auf die Kampfkundgebungen und die antifaschistische Kampfwoche hingewiesen werden. Fraktionen der Partei in den Massenorganisationen zusammenfassen, instruieren und mit Material zur Mobilisierung ausrüsten usw.

Hierbei lenken wir die besondere Aufmerksamkeit der Genossen auf die Durchführung der in der Antifaschistischen Woche geplanten Gewerkschaftsversammlungen.

3. Massendemonstrationen am 14. und 15. Juli

In diesen beiden Tagen soll in jedem Ort mindestens ein Aufmarsch des roten Massenselbstschutzes durchgeführt werden. Jede Leitung muß alles tun, damit diese Aufmärsche tatsächlich zu Massenbekenntnissen des aktiven Widerstandes der proletarischen Klassenfront werden.

In allen Betriebs- und Stempelstellenversammlungen müssen sofort die Fragen der Organisierung des ökonomischen und politischen Streiks und anderer Kampfaktionen und die Schaffung des Massenselbstschutzes behandelt werden. In allen Versammlungen muß in den Referaten und Resolutionen auf die Antifaschistische Kampfwoche, die Versammlungen in den ersten drei Tagen und die Massenaufmärsche und riesigen Massenmeetings des roten Massenselbstschutzes am 14. und 15. Juli hingewiesen werden. Demonstrationspläne, neue Methoden der Mobilisierung der Massen, Einrichtung von Agitpropwerkstätten, Herstellung von Handzetteln, kleinen Plakaten, Wimpeln, Leuchttransparenten müssen sofort in Angriff genommen werden.

Alle Versammlungen, die Antifaschistische Kampfwoche, im besonderen die Massenmeetings am 14. und 15. Juli, stehen im Zeichen des Kampfes um die Freiheit der Arbeiterklasse, die Freiheit der Arbeiterorganisationen, die Freiheit der Arbeiterpresse und die Freiheit der Demonstrationen und des Rechts auf die Straße.

Für die Antifaschistische Kampfwoche muß eine mächtige Masseninitiative gegen alle Versuche der Einengung der Rechte der revolutionären Arbeiter (neue Papen-Verordnung mit erhöhten Polizeivollmachten für die Länder) so entfaltet werden, daß jeder Versuch des Verbots unserer Versammlungen und des Raubes der Demonstrationsfreiheit zur Aussichtslosigkeit verurteilt ist.

Zur Verbesserung unserer organisatorischen Arbeit

Aus der Diskussionsrede des Genossen Ferlemann auf der BL-Sitzung

Bis heute ist unsere gesamte Einheitsfrontarbeit noch eine Einheitsfrontagitation. Wir müssen alles tun, um dieselbe zur Aktion überzuleiten. **Zu wenig ist unser Kampf gegen Lohnraub, Rentenabzüge und Unterstützungsraub in den Vordergrund gestellt worden. Der Verrat der Sozialdemokratie** (z. B. Metallkonflikt in Leipzig) **war trotz der guten Stimmung der Metallarbeiter nur deshalb möglich, weil wir nicht die organisatorischen Voraussetzungen in den Betrieben geschaffen haben. Wir müssen an Stelle von Entschließungen und Diskussionen zur kämpfenden Einheitsfront kommen.**

Im Kampf gegen die Papen-Regierung, gegen den Krieg und gegen den Mordfaschismus wird die Arbeiterschaft sich immer zu uns bekennen. Wir müssen eine Situation organisieren, in der die Arbeiterschaft erkennt, daß nur die proletarische Einheitsfront einen Ausweg aus Not und Elend garantiert. **Das bedingt aber, daß wir unsere Arbeit auf die wichtigsten Frontabschnitte, und das sind Betriebsarbeit, Arbeit unter den Erwerbslosen und Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften, konzentrieren.** Wir können die Verantwortung für diese Arbeit nicht irgendwelchen Genossen übertragen, sondern müssen durch die Parteieinheiten diese Arbeiten selbst organisieren und führen.

Der Widerstandswille der Arbeiterschaft wächst. Unsere Organisationseinheiten, wie z. B. Rote Betriebsräte, oppositionelle Ortsverwaltungsleiter, haben nicht genügend stark auf den Aufruf des Zentralkomitees vom 26. April reagiert. Nur in wenigen Orten ist es durch die Initiative einiger Genossen gelungen, diese gewerkschaftlichen Positionen auszunutzen.

Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen und dürfen nicht tatenlos zusehen, wie die Gewerkschaftsbürokratie z. B. versucht, sich unter den Erwerbslosen Positionen zu schaffen. Unsere Erwerbslosenfraktionen müssen hier klarer und schärfer an die Arbeit gehen, sie müssen ringen um den Einfluß. Das setzt aber voraus, daß keine falschen Auffassungen in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit vorhanden sind. Es muß sofort eine Registrierung aller oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder vorgenommen werden. Partei- und Massenorganisationen müssen diese Arbeit unmittelbar in Angriff nehmen. Nach Industrie, Stempelstellen und Großbetrieben getrennt müssen sofort alle Kräfte zusammengefaßt werden. Jede Parteileitung ist verpflichtet, die wichtigsten Punkte sofort herauszunehmen, überall sind die Oppositionsgruppen aufzubauen und zur Führung der gesamten Arbeit Fraktionen mit arbeitenden Fraktionsleitungen zu schaffen.

Im Kampf gegen die SPD müssen unsere Genossen endlich verstehen lernen, daß an Stelle der ewigen Schimpferei die praktische Arbeit tritt. Der sozialdemokratische Arbeiter wird nie gewonnen werden, wenn wir lediglich auf ihn einbreschen. Wir müssen Tatsachen in den Betrieben, an den Stempelstellen schaffen, an Hand deren wir die Richtigkeit unserer Politik beweisen können. Gegenüber den Phrasen der „linken" SPD-Leute, die jetzt wieder von Massenkampf usw. reden, müssen wir überall durch Aufstellung von Kampfforderungen, die die Arbeiterschaft versteht, den Beweis erbringen, daß es sich nur um ein neues großes Betrugsmanöver handelt.

Unsere Genossen müssen beweglicher sein. **Diese Beweglichkeit darf allerdings nicht zur Prinzipienlosigkeit führen. Im Plauener Gebiet spielt sich die ganze Einheitsfront in Diskussionen oder in Demonstrationen ab, die keine konkreten Anlässe haben.**

Wir müssen den roten Betriebsräten, den Bürgermeistern, den Krankenkassenfunktionären, die der SAP und KPD angehören, konkrete Aufgaben stellen, um so den Beweis zu erbringen, daß sie gar nicht gewillt sind, gegen die Papen-Regierung zu kämpfen. Wenn wir so die Einheitsfront nicht nur wie bisher im Kampf gegen den faschistischen Terror, sondern auch und vor allem zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse schaffen, dann werden wir das erreichen, was der Genosse Thälmann als die wichtigste Aufgabe für die Antifaschistische Aktion in folgendem zusammengefaßt hat:

„Die Antifaschistische Aktion soll alle Formen des proletarischen Massenwiderstandes gegen den Faschismus, Hunger und Krieg zusammenfassen und zum aktiven Massenkampf entfalten. Sie soll uns die feste Organisierung einer Millionenbewegung der kämpfenden Einheitsfront ermöglichen. Sie soll darüber hinaus der Partei erleichtern, die Massen zum Kampf gegen jeden kapitalistischen Weg aus der Krise zu sammeln und zum Kampf für den revolutionären Ausweg, für die proletarische Revolution vorzubereiten."

K — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen — K

Dresden-Löbtau

Pflegt eure Zähne!

100 × BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA = 50 ₰
Mit einer kleinen Tube zu 50 ₰ können Sie mehr als 100 Mal Ihre Zähne putzen, weil BIOX-ULTRA hochkonzentriert ist und sie hart wird.
Nehmt deutsches Erzeugnis!

Dresden-A.

Heinrich Hecker
Strehlener Straße 55
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Fritz André
Pellerstraße, Eingang Ammonstraße

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Oskar Haubold, Inh. Otto Haubold
Strehlener Straße 30, Eingang Uhlandstraße

Kauft und trinkt
ROLLE-Fruchtweine und -Liköre
Vertretung und Verkaufsstelle für Dresden
Scheffelstraße 18

Großbäckerei Georg Schultze
empfiehlt sich zum Bezug von
Brot u. F. Kuchen, sowie alle anderen **Backwaren**
Hauptgeschäft: Ammonstraße 18 (Ecke Plauenscher Platz)
Zweiggeschäft: Flemmingstraße 8 (Ecke Ammonstraße)

Reserviert

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Paul Liebscher
Dippoldiswalder Platz 3

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Hermann Wilhelm
Löbtauerstraße 8

Jerzang's Gaststätte, Palmstr. 30
bitt Ab bestens empfohlen. Vorzüg. Mittagstisch. Inh. sächs. Bierspezialitäten, ¼ Ltr. 35 Pf.

Ring-Drogerie
Freiberger Straße Nr. 31
Eingang Ammonstraße

Café, Speiserestaurant am Schützenplatz
Neu eröffnet! Gegenüber Hellmer, Inh. Kehnau, Herrlich, Barth-Dielel, Barth-Gartenrestaurant. — Auf zum Genießen!

Sarg und Kleidung
werden bei einem Trauerfall zuerst benötigt, wenden Sie sich unmittelbar an
R. Guhr & P. Stein
Dresden-A., Kl. Zwingerstr. 8
Sarglabrik. Fernruf 20083

Milch, Butter, Käse, Eier, Geflügel
KELDE, Wettinerplatz 7

Niedersedlitz
Schuhhaus Weule, Schulstraße 1
Das größte Schuhhaus der Umgebung

Dresden-Trachau

Max Große
Wahnsdorfer Straße 14
Brot- u. Weißbäckerei

Max Wagner
Wilder-Mann-Straße 38
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Max Berger
Wilder-Mann-Straße 27
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Paul Knörnschild
Großenhainer Straße 209
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Dresden-Bühlau

Bäckerei und Konditorei
Walter Heinz
Bautzner Landstraße 100 — Fernruf 55519

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Alfred Fiedler
Bautzner Landstraße 139

Reserviert

Friedrich Schäfer Warenhaus
Textilwaren, Schuhwaren
Haushaltungsgegenstände

Bäckerei und Konditorei
Paul Rabis
Bautzner Landstraße 161

Freiberg

U. Kramer, Burgstraße 44
Bezirksbaumschule und Lehrmostgut

Brand-Erbisdorf
Werktätige, kauft im
Lebensmittelvertrieb „Hansa"
Bahnhofstraße

Ottendorf-Okrilla

Dresden-Trachenberge

Richard Peter, Fleischermeister
Hans-Sachs-Str. 30. Empfehle meine
Ia Rindfleisch u. -Wurstwaren

Paul Baldauf
Großenhainer Straße 153
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Dresden-Neustadt
Kauft Kohlen bei
Paul Alfred Waurich
Kasernenstraße 36 — Fernsprecher 55515

Dresden-Löbtau

H. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Reichelt, Kesselsdorfer Str. 72

Bäckerei — Konditorei
GRIEBEL, Kesselsdorfer Straße Nr. 90

Farben — Lacke
Adler-Drogerie
Gottfried Wetzer
Radebeuger Straße 27

Reserviert

THEODOR SCHMALKE
Kolonialwaren, Drogen, Farben
Radebeuger Straße 66

Ebersbach

Gastwirtschaft und Fleischerei
Max Eberlbach, Mittelstraße 19

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kaus vorm. Mattheß, Kamenzer Str. 38

Gemischtwaren
Hermann Wide, Hermann-Wide-Str. 16

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Hermann Häusel, Grenzstr. 13. Bedienung frei Haus

Kolonialwaren u. Delikatessen, gut u. preiswert, August Mäniche (neben der Post)

Leder- u. Polsterwaren
Gustav Müller
Marktstraße 6

Kunstgewerbl. Werkstätte
Elsa Kunze
Bahnhofstraße 45
Fernsprecher 5319

Groß- und Kolonialwaren
Marie Böhme, Bahnhofstraße 27

Kolonialwaren, gut u. preiswert bei Marie Donath, Kamenzer Str. 36. 5 Proz. Rabatt

E. Fleisch- und Wurstwaren
Oswald Siegwald, Bautzner Str. 39

Felix Steiger
Spezialgeschäft für Herren-, Damen- und Kinderfrisierung

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Herbert Häßnel, Hauptstraße 13

Ebersbacher Eisenhandlung
Walter Riese, Markt

Radiowaren, Lautsprecher, Strumpf- und Wollwaren, Paul Göschler, Hauptstr. 31

Kamenz

Lebensmittelhaus R. Friebel
Kolonialwaren-, Delikatessen-, Drogenwaren- und Samenhandlung / Ruf 318

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Alfred Merkel, Burgstraße Nr. 9

Foto — Drogen — Farben
RUDOLF HILSCHER
Dresdner Straße 54

Fleisch- und Wurstwaren
in bekannter Güte
Nikol. Noack Breite Straße Nr. 3

Schuhhaus Mann Wallstraße 36, 37

Genossen, deckt euren Bedarf im Lebensmittelgeschäft
E. Neumann, Kaserne MH 1

Lebensmittel — Kolonialwaren
gut und preiswert
Arthur Bachmann, Kärnerstr. 30

Kauft nur
bei unseren Inserenten!

Niederoderwitz

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Gutsche, Nr. 123

Bäckerei und Gastwirtschaft
Erwin Folke

Restaurant
Fleisch- und Wurstwaren
Georg Neumann, Nr. A 62

Großschönau

Reformhaus Ernst Schittner
Warnsdorfer Straße 15
empfiehlt naturgemäße Lebens- u. Genußmittel

Lebensmittelhalle Arno Birnbaum
Die billige Einkaufsquelle

Damen- und Herren-Prisiersalon
Hans Baier, Rosenstraße 1

Drogen, Farben und Parfümerien
GUSTAV RICHTER
Dresdner Straße

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Arthur Süß, Lindenweg 18

Restaurant, Fleisch- u. Wurstwaren
Alwin Lieske
Warnsdorfer Straße 32

Arbeiter, kauft bei
Kurt Vietze

Reserviert

Leutersdorf

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
O. Menzel
Abteilung A, Nr. 18

Reserviert

Kolonialwaren . Futtermittel
Baumaterialien und Düngemittel
Arthur Michel, Abt. C, 86

Spitzkunnersdorf

Gasthof und Fleischerei
Hugo Loose

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Bernhard Ullrich

Bäckerei Reinhold Frost
Kolonialwaren, Materialwaren

Reichenau

Otto Linke, Textilwaren
Breitbachstraße 188

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Bruno Schmidt, Breitbachstr. 187 b

Fleischerei und Gastwirtschaft
Karl Krelle, Hauptstraße 351

Hermann Winkler, Kolonialw., Manufakturwaren, Kirchstr. 62 b, Hirschfelder Str. 72

Drogerie Friedländer
Farben. Photo Drogen

Kolonialwaren Drogen
Josef Rieger
Oppelsdorfer Straße

Textil- u. Manufakturwaren Julius Ehrenfest, Hirschfelder Straße (frühere Filiale)

Schuhhaus Renner
Hirschfelder Straße 555

Markersdorf

Arbeiterverkehrslokal
Kolonialwaren
Walter Lorenz

Oberoderwitz

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Richard Heinrich

Sebnitz

Fischmüller
Täglich frisch Fische und Geflügel
Rosenstraße 10

Genossen!
Berücksichtigt bei euren Einkäufen nur die Geschäftsleute die in unserer Zeitung inserieren

Hirschfelde

Damen- und Herren-Friseur-Salon
Alfred Ohrmann, Friedländer Straße 170
empfiehlt sich für gute Bedienung

Genossen, kauft eure Fischbraten in der Fischräucherei PAUL FEHRMANN
Pfahlgasse

Wurst- und Fleischwaren
Erwin Wollmann, Zittauer Str. 107

Textilwaren Ernst Offermann
Schlegel, Burkersdorf, Hirschfelde

Korb-, Leiter- und Kinderwagen
gut und preiswert
Gustav Seifert, Zittauer Straße 100

Textilwaren kauft man preiswert bei
G. E. Wünsche
Rohnau

Ostritz

MUSIKHAUS GRIEBSCH
Radiogeräte / Schallplatten / Photobedarf
Edmund-Kretschmer-Straße 148

Marien-Drogerie
Farben, Lacke, Pinsel en gros
Edmund-Kretschmer-Straße Nr. 240

Rohfischerei und Gastwirtschaft
Max Haase
Grauenstraße 237

Reserviert

Großröhrsdorf

Stadt-Apotheke u. Drogenhandlung
Lieferant für alle Krankenkassen
Bahnhofstraße 86 D

H — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen — H

Heidenau

Groß-Schuhreparatur / Edwin Fritzsch, Martin-Luther-Straße 6
Solide Arbeit, niedrigste Preise. Verwendung von Ia Material

Pirna

Kurt Wagner, F. Fleisch- und Wurstwaren zu niedrigen Tagespreisen
Kirchplatz 5

Niedersedlitz-Luga

Albin Füßl — Molkereiprodukte
Butter — Lieferung nach allen Stadtteilen

Rathmannsdorf

Kurt Bäßrich, Rathmannsdorf, Blue Moorbaude DKW-Vertretung

Wendischfähre

Grüßner & Ehrmann
Deutsche Produkte aus Kohlen

Schandau

Clemens Junghanns, Marktstr. 18
Damen-, Herren- und Kinder-Konfektion
Wäsche- und Wollwaren

Manufaktur- u. Konfektionswaren
Arthur Römer

Lebensmittel, Spez. hausgeb. Wurstwaren
Fritz Gehle, Dittersbachstraße 164

Flora-Drogerie, Rathell-Grohia-Str. 248
Kolonialw., Farben- und Kosmetikartikel

Emil Müller
Kolonialwaren, Einkaufsstätte der Arbeiter — Kirchstraße Nr. 26

Farben-Hering
Zaukenstraße 137 b

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Meißen

Lebensmittelhandlung
Emil Merkisch, Görnitzergasse 13

Reichsbahn Stadtbierhalle empfiehlt seine Tafelbiere — Vereinszimmer vorhanden

Bäckerei Max Kraft, Talstraße 5b
Kriegsbeginn Lager aller Mehlsorten
Kuchen, Torten, billig
Auf Wunsch Zustellung

Sächsischer Jäger, Naubenthalstraße
Vereinszimmer — Garten
Hausschlächterei — Otto Montag

Drahtflechtwerk Weber & Krebel, Martin-Str. 11 (Hofgeb.). Führen in all. Drahtgeflechten

Anna Heller, Burgstraße 13
Fleisch- u. Kolonialwaren. Bis. Bezugsquelle

Seefisch- und Delikatessen-Geschäft
Wettinstraße 50

Reserviert

Freiberg

Trinkt das gute Riebeck-Bier!

Milchhof Freiberg
Verkaufsstellen:
Peters-, Burg-, Bertheisdorfer, Lange Straße und Meißner Gasse

Fahrräder
Nähmaschinen
Wringmaschinen
Spielwaren
WINTER
Erbischestraße 93

Kämpft gegen Faschismus!

Reserviert

Reinhardtsgrimma

Willy Vogler
Lebensmittel- und Fahrradhandlung

Joh. Luschtinetz
Bäckerei

Reserviert

Brand-Erbisdorf

Hermann Schütz, Markt 97
Kolonialwaren

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Oscar Schramm, Geschwisterstraßer Str. 10

Kolonialwaren und Delikatessen
Fritz Lange, Hauptstraße 86

Lebensmittel Bruno Liebscher
Dorfstraße 76